

**Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Bezirk
Detmold**



Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2020

- Bildungspolitik in OWL -

Liebe Kolleg*innen,

am 13. September finden in NRW die nächsten Kommunalwahlen statt und in allen Kommunen werden unter anderem die Landrät*innen und/oder die Bürgermeister*innen neu gewählt.

Die Kommunen sind als Schulträger wichtige Bildungsakteure und gestalten die Bildungslandschaft vor Ort maßgeblich mit. Schon der Deutsche Städtetag hat 2012 festgestellt, dass „die kommunale Mitverantwortung für mehr Bildungsgerechtigkeit, Teilhabe und Qualität eine zentrale Rolle [spielt].“ Aus diesem Grund kommt der Kommunalwahl auch in der örtlichen Bildungspolitik eine besondere Bedeutung zu.

Da wir im Vorfeld der Kommunalwahlen in diesem Jahr aufgrund der aktuellen Coronapandemie keine Podiumsdiskussionen oder ähnliche Veranstaltungen zum Themenkomplex der lokalen Bildungspolitik mit den **Landratskandidat*innen** bzw. den **Bürgermeisterkandidat*innen** vor Ort veranstalten wollen, haben wir uns für ein anderes Format entschieden.

Wir haben die Parteien in allen Kreisen und der Stadt Bielefeld angeschrieben und sie gebeten, dass ihre Spitzenkandidat*innen zu den folgenden Bereichen und Fragestellungen Stellung beziehen:

Gleiche Bildungschancen für alle	Seite 4
Ausstattung der Bildungseinrichtungen	Seite 22
Digitalisierung	Seite 35
Bildungsplanung	Seite 50

Im Folgenden finden Sie die Zusammenstellung der Antworten, die wir erhalten haben. Hierbei sind für die Antworten die jeweiligen Parteien bzw. die Kandidat*innen verantwortlich. Als GEW OWL haben wir diese lediglich zusammengestellt und dokumentieren sie nach Kreisen gegliedert in der Reihenfolge, wie sie bei uns eingegangen sind. Wir haben die Antworten bewusst nicht kommentiert oder bewertet.

Auch wenn Sie hier keine Antworten Ihrer Kandidat*innen vor Ort finden, geben die Aussagen der einzelnen Kandidat*innen der einzelnen Parteien vielleicht trotzdem einen Überblick, wie die Parteien zu den angesprochenen Themen stehen.

Wir hoffen, Ihnen allen mit diesen Antworten einen guten und interessanten Überblick geben zu können.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen,

Stephan Osterberg-Münzler

Folgende Lokalpolitiker*innen haben die Fragen der GEW OWL beantwortet:

Höxter:

Nicolas Aisch (CDU), Bürgermeisterkandidat Borgentreich
Bündnis 90 / Die Grünen – Kreisverband Höxter

Bielefeld

Simon Lange (CDU), Bürgermeisterkandidat Bielefeld
Bündnis 90 / Die Grünen – Stadtverband Bielefeld
Die Linken – Stadtverband Bielefeld
FDP – Stadtverband Bielefeld

Gütersloh

Thomas Tappe (CDU), Bürgermeisterkandidat Halle
Michael Meyer-Hermann (CDU), Bürgermeisterkandidat Versmold
Hubert Erichlandwehr (CDU), Bürgermeisterkandidat Schloß Holte-Stuckenbrock
Sven-Georg Adenauer (CDU), Landratskandidat Kreis Gütersloh
Gitte Trostmann (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Gütersloh
Henning Schulz (CDU), Bürgermeisterkandidat Gütersloh
Michael Esken (CDU), Bürgermeisterkandidat Verl
Pamela Westmeyer (CDU), Bürgermeisterkandidatin Harsewinkel

Herford

Herbert Even (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Herford
Rüdiger Bockhorst (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Kirchlengern
Die Linke – Kreisverband Herford
Dorothee Schuster (CDU), Kandidatin zur Landrätin Kreis Herford

Lippe

Dr. Volker Brand (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Oerlinghausen
Martin Hoffmann (SPD), Bürgermeisterkandidat Leopoldshöhe
Julia Eisentraut (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Oerlinghausen
Dr. Katharina Kleine Vennekate (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Lemgo
Julian Koch (SPD), Bürgermeisterkandidat Schlangen
Robin Wagner (Bündnis 90 / Die Grünen), Landratskandidat Kreis Lippe
Arne Brandt (SPD), Bürgermeisterkandidat Lemgo
Frank Hilker (SPD), Bürgermeisterkandidat Detmold

Minden-Lübbecke

Henning Bökamp (FDP), Bürgermeisterkandidat Bad Oeynhausen
Die Linke – Kreisverband Minden-Lübbecke

Paderborn

Alina Wolf (Die Linke), Kandidatin zur Landrätin Paderborn
Ute Dülfer, Bürgermeisterkandidatin Lichtenau (unterstützt von SPD und FDP)
Elke Süsselbeck (Die Linke), Bürgermeisterkandidatin Paderborn

Gleiche Bildungschancen für alle

Corona hat vorhandene Probleme im Bildungssektor – wie in vielen anderen Bereichen auch – schärfer und deutlicher hervorgehoben: Noch immer entscheidet die soziale Herkunft maßgeblich über die Bildungschancen unserer Kinder!

Hier bedarf es eines gebührenfreien Zugangs zu Bildungsangeboten von der KiTa bis hin zur Weiterbildung.

Auch muss gerade in Zeiten der Coronapandemie aber auch darüber hinaus sichergestellt werden, dass alle Kinder und Jugendlichen Zugang zum „Lernen auf Distanz“ haben, auch Kinder und Jugendlichen an sogenannten Brennpunktschulen und aus sozial schwächeren und bildungsferneren Familien.

Wie kann Ihrer Meinung nach sichergestellt werden, dass alle Kinder und Jugendlichen (auf kommunaler Ebene) die gleichen Bildungschancen erhalten?

Kreis Höxter

Nicolas Aisch (CDU), Bürgermeisterkandidat Borgentreich

Natürlich werden Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und ganz besonders Familien durch die momentane Situation vor ganz besondere Aufgaben gestellt. Da ich selbst Lehrer an einer weiterführenden Schule bin und lange als Medienberater der Bezirksregierung Detmold für die weiterführenden Schulen im Kreis Höxter tätig war, habe ich die Stärken und auch Schwächen des „Lernens auf Distanz“ ganz genau verfolgt. Schulen, die schon mit Lernmanagementplattformen gearbeitet haben, waren hier sicherlich besser aufgestellt. Die zusätzlichen Gelder des Landes/ Bundes für die Ausstattung sozial schwacher Schülerinnen und Schüler sind sicherlich ein guter Ansatz. Leider wird sich die Umsetzung an den einzelnen Schulen aber wohl noch etwas hinziehen. Dann werden aber alle sozial schwächeren Lernenden ein Endgerät vom Schulträger erhalten. Die Gelder zur Ausstattung der Lehrerinnen und Lehrer hätte ich mir allerdings auch etwas früher gewünscht. Um dauerhaft sicherzustellen, dass alle Kinder die gleichen Bildungschancen haben, ist die Ausstattung mit Endgeräten sicherlich ein guter Schritt. Auch müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass WLAN-Netzwerke kostenlos und öffentlich zur Verfügung stehen. Lehrerfortbildungen spielen aber in dieser Hinsicht auch eine ganz entscheidende Rolle.

Bündnis 90 / Die Grünen – Kreisverband Höxter

Die Schülerinnen und Schüler sollten im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Dazu wollen wir zunächst die bestehenden Ungerechtigkeiten ins Blickfeld nehmen, die durch Corona verschärft wurden, die aber vorher schon bestanden.

Kinder aus sog. bildungsfernen Familien haben ohnehin einen Nachteil gegenüber anderen Schüler*innen. Das hat die Corona-Krise nur noch einmal deutlicher gemacht.

Mehr Geld für Schulsozialarbeit an allen Schulen kann hier segensreich wirken, eine Kürzung in diesem Bereich wäre dagegen fatal. Es ist zu hoffen, aber nicht wirklich zu erwarten, dass jetzt der Unterricht wieder so läuft wie vor dem Lockdown. Daher wollen wir dafür sorgen,

dass jede Schüler*in ein eigenes digitales Endgerät hat und sich das nicht mit Eltern oder Geschwistern teilen muss.

Die Finanzierungsvorschläge von Land und Bund gehen daher nicht weit genug. Die Kommunen müssen aber auch prüfen, inwieweit sie den Unterricht entzerren können, ob es Möglichkeiten gibt, für den Unterricht andere, größere Räume zu nutzen.

Stadt Bielefeld

Simon Lange (CDU), Bürgermeisterkandidat Bielefeld

Im Grundgesetz regelt Art. 6 Abs. 2 Satz 1 das Rechtsverhältnis zwischen Eltern, ihren minderjährigen Töchtern und Söhnen und dem Staat: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“ Dieses Grundrecht ist die Grundlage für den Elternwillen, dem wir uns bei unseren schulpolitischen Entscheidungen stets verpflichtet fühlen. Gleiche Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler kann dadurch gegeben sein, dass man durch ein vielfältiges und mehrgliedriges Schulsystem allen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht wird und jedem die Möglichkeit gibt, die für ihn bestmögliche Ausbildung zu erhalten und zu ermöglichen.

Die Pandemie hat gezeigt, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler mit Handys, iPads oder Laptops ausgestattet sind und damit viele im Homeoffice vom Programm „Teams“ oder anderen Kommunikationsmöglichkeiten ausgeschlossen waren. Wir werden die Schulen in die Lage versetzen, dass alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihrer persönlichen Ausstattung, gleichberechtigt notwendige Hardware in Anspruch nehmen können. Lehrerinnen und Lehrer an Bielefelder Schulen müssen zeitnah mit zeitgemäßen persönlichen digitalen Geräten ausgestattet werden, die ihnen die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts von überall aus ermöglicht.

Bündnis 90 / Die Grünen – Stadtverband Bielefeld

Bildungsgerechtigkeit ist das Ziel – und die erreichen wir nur, wenn wir früh anfangen und allen Kindern Zugang zu frühkindlicher Bildung ermöglichen. Das gilt auch für die OGS. Sowohl Kita als auch OGS haben wir in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut und die Gebührenfreiheit bis zu einem Jahreseinkommen von rund 24.000 Euro realisiert.

Die Gießkanne hat ausgedient. Wir behandeln Ungleiches ungleich, d.h. Schulen in schwierigen Quartieren mit herausfordernden Schülerschaften wollen wir besser fördern. Aus diesem Grund haben wir in dieser Ratsperiode Schulsozialarbeit an Grundschulen mit herausfordernden Schülerschaften eingeführt und dort kleinere Klassen im Rahmen unserer Möglichkeiten eingeführt. So muss es weitergehen. Mit einem Programm des Landes namens „Talentschulen“ für Schulen mit besonderen Herausforderungen ist es nicht getan. Von diesem Programm profitieren in Bielefeld die Gesamtschule Rosenhöhe, die Realschule Brackwede und das Carl-Severing-Berufskolleg. Das ist gut für diese drei Schulen, aber für Bielefeld reicht das nicht. Denn es gibt viel mehr Schulen in der Stadt, die diese Unterstützung brauchen.

Außerdem wollen wir (Grund-)Schulen und Quartiere näher zusammenbringen. So lassen sich unter anderem Bildungsübergänge besser organisieren und Schule zu lebendigen Begegnungsorten entwickeln, wo auch Förderung, Freizeit, Therapie und Kultur stattfindet. Schuleinzugsbezirke mit entsprechendem Zuschnitt sollen zudem dazu beitragen, dass die Schulen vielfältige Schülerschaften haben. Von so einer Schule profitieren alle Kinder, besonders aber die aus bildungsfernen Familien.

Wir wollen mehr Schulen des gemeinsamen Lernens – und zwar im gebundenen Ganzttag mit multiprofessionellen Teams aus Lehrer*innen, Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und anderen. Der Ganzttag ist aus unserer Sicht ein zentrales Element auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Deshalb sind wir auch froh und auch stolz, dass wir in dieser Ratsperiode zwei Sekundarschulen gründen könnten, die als integrierte Systeme geeignet sind, den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg von Schüler*innen aufzubrechen.

Und ja, Corona droht benachteiligte Schüler*innen weiter abzuhängen und soziale Ungleichheiten zu vertiefen. Deswegen haben wir im Schul- und Sportausschuss schon im April die Verwaltung beauftragt, Wege aufzuzeigen, wie allen Bielefelder Schüler*innen Zugang zu Endgeräten und einem Internetzugang ermöglicht werden kann, um zumindest vergleichbare technischen Voraussetzungen für das digitale Lernen zu schaffen.

Und zum Schluss: Auf dem Weg zu Bildungsgerechtigkeit brauchen wir an allen Schulen eine verlässliche und abgesicherte Schulsozialarbeit. Vor diesem Hintergrund ist es fatal, dass die Zukunft „BuT-Schulsozialarbeitsstellen zur Disposition steht und nur noch bis Ende 2020 gesichert sind. Hier ist, wie auch beim Rechtsanspruch auf Ganzttag oder der Kindergrundsicherung, der Bund gefragt. Ohne grundlegende Änderungen seitens des Bundes wird die Kommune nicht das Problem nicht bewältigen können.

Die Linken – Stadtverband Bielefeld

DIE LINKE setzt sich für „eine Schule für alle“ als Ganzttagsschule ein, also die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems. Voraussetzung für gleiche Bildungschancen für alle sind kleinere Klassen, der Ausbau des Ganztags, hohe Unterrichtsqualität, individuelle Förderung und mehr pädagogische Betreuung. Je länger gemeinsam gelernt wird, desto besser sind die Ergebnisse aller. Wir setzen außerdem auf einen Schulsozialindex, um Ungleiches ungleich zu behandeln. Schulen mit schwierigen sozialen Bedingungen müssen zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden, um allen Schüler*innen die gleichen Chancen bieten zu können. Als LINKE erachten wir eine gebührenfreie und qualitativ hochwertige Bildung aller Kinder und Jugendlichen als eine Selbstverständlichkeit. Wir sind der Meinung, eine umfassende Bildung fördert nicht nur die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, sondern bildet zugleich die Basis für die gesellschaftliche Teilhabe und ist Teil des Kampfes gegen soziale Ungleichheit. Um eine gerechte Bildung zu garantieren, sind Investitionen in den Bereichen Schulbau, Personal sowie Materialien dringend notwendig.

Für Kitas fordern wir:

- öffentlich geförderte, insbesondere kommunale Kitaplätze für alle Kinder, deren Eltern das wünschen, von Anfang an,

- den Ausbau von U3-Plätzen in Kitas entsprechend den Wünschen der Eltern, um die Betreuungsquote trotz steigender Geburtenzahlen zu erhöhen,
- Kita-Neubau durch kommunale Bauträger statt durch Privatinvestoren, an die keine Grundstücksvergabe stattfinden sollte; Kitagebäude sollten der Kommune gehören; teure Mietverträge mit Investoren gehören auf den Prüfstand,
- ausreichend öffentlich geförderte Kitaplätze insbesondere in kommunaler Trägerschaft; zwar ist auch eine Trägervielfalt wünschenswert, Kriterien der U3-Platzvergabe müssen aber transparenter gemacht werden,
- den Ausbau der Erzieher*innen-Ausbildung in städtischen Berufskollegs und die Einrichtung von Praktikumsplätzen im Rahmen der praxisorientierten Ausbildung und des Anerkennungsjahres,
- einen Rechtsanspruch des Kindes auf Tagesbetreuung unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern; dem Elternwunsch ist möglichst zu entsprechen; erwerbslose Familien systematisch auf 25-Std.-Plätze oder ans Ende der Wartelisten in Kitas und Tagespflege zu verweisen, ist keine Lösung,
- für die langfristig gesicherte Versorgung inklusiver Kitas mit multiprofessionellen Teams mit Therapeut*innen,
- eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien öffentlichen Kindertagesbetreuung,
- die Abschaffung von Kitabeiträgen landesweit; solange dies nicht realisiert ist, wollen wir eine landesweite Beitragssatzung, die Kinder Erwerbsloser, Alleinerziehender, Geflüchteter und Geringverdiener beitragsfrei stellen und erst bei mittleren Einkommen einsetzen; solange auch dies nicht verwirklicht ist, sollten die kommunalen Beitragssatzungen erst bei mittleren Einkommen einsetzen.

Für Grundschulen setzen wir uns für kleinere Klassen ein und fordern eine sofortige Ausbauplanung für eine 100%-Versorgung im Grundschulganztags, den Ausbau der Ganztagsplätze besonders in benachteiligten Sozialräumen und geeignete Ausbaukonzepte bei Platzmangel.

Die strukturelle Unterfinanzierung des offenen Ganztags im Primarbereich führt zu einer oft minderen Qualität der Angebote für die Schülerinnen und Schüler, zu Elternbeiträgen und zu prekären Arbeitsbedingungen für die Ganztagskräfte. Das ist bei offenen Ganztagsmodellen schwerlich zu verhindern, sodass DIE LINKE sich auf Landesebene für die flächendeckende Einführung gebührenfreier, gebundener Ganztagsangebote einsetzt.

Außerdem fordern wir A13 für alle. Auch Grundschullehrkräften steht die finanzielle Anerkennung ihrer Arbeit zu und es ist beschämend, dass die Landesregierung hier noch immer nicht reagiert.

FDP – Stadtverband Bielefeld

Gut ausgestattete öffentliche Schulen sind vor allem eine soziale Frage. Bildungsnähere und materiell besser ausgestattete Haushalte können die Defizite öffentlicher Schulen ausgleichen, durch aktive Fördervereine, Arbeit zu Haus oder die Wahl einer Privatschule.

Daher legen wir einen ganz besonderen Wert auf die räumliche und sächliche Ausstattung von Schulen. Auf unsere Nachfrage hin haben die Bielefelder Schulen zum ersten Mal seit 2001 eine Erhöhung ihrer Schulbudgets erhalten und der Medienentwicklungsplan aus dem Jahre 2004 soll endlich modernisiert werden.

Sprache ist ein weiterer wichtiger Schlüssel: Die passgenaue Förderung der individuellen Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes ist unser Ziel. Dabei ist das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift Schlüsselqualifikation für das weitere Lernen und damit Grundstein unseres Bildungskonzepts. Doch auch die Erlernung von Fremdsprachen bzw. nicht-deutscher Muttersprachen ist eine zunehmend wichtige Schlüsselkompetenz: Wir wollen daher, dass in Bielefeld der muttersprachliche Ergänzungsunterricht gestärkt wird, z.B. in dem dieser intensiver beworben wird.

Die spezielle Förderung von begabten bzw. hochbegabten Kindern und Jugendlichen darf nicht weiter sporadisch betrieben werden und dem Zufall überlassen bleiben. Bereits im Kindergarten gilt es, außergewöhnliche Begabungen von Kindern frühzeitig zu erkennen. Gerade Kinder aus bildungsfernen Haushalten oder mit nicht-deutscher Muttersprache brauchen eine frühzeitige Identifikation der Hochbegabung.

Wir wollen auch Schulkarrieren ohne Abschluss verhindern: Es gibt viele Angebote für diese Jugendlichen, u.a. vom Land NRW. Wir wollen mit einer Initiative alle Akteure in diesem Bereich an einen Tisch bringen, um gemeinsam Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren. Der Einsatz an dieser Stelle lohnt besonders, da viele Karrieren durch den richtigen oder falschen Einstieg bestimmt werden.

Kreis Gütersloh

Thomas Tappe (CDU), Bürgermeisterkandidat Halle

Zur Verbesserung der Bildungschancen sollte schon bei der frühkindlichen Bildung angesetzt werden. Das veränderte Anmeldeverfahren der Eltern in den Kindertagesstätten muss berücksichtigt werden. Es sollten verstärkt im U 3-Bereich, aber auch generell genügend Kita-Plätze bereitgestellt werden. Ferner macht es Sinn, diesen Kindern im Rahmen der Randstundenbetreuung oder des Offenen Ganztages zusätzliche Förderangebote anzubieten.

Um beim „Lernen auf Distanz“ allen Kindern die gleichen Chancen einzuräumen, ist der Ausbau flächendeckenden schnellen Internets (Vektoring oder Glasfaser) in der Kommune Grundvoraussetzung. Dieser Prozess ist bereits angestoßen. Zudem müssen alle Schüler mit mobilen digitalen Endgeräten ausgestattet werden.

Michael Meyer-Hermann (CDU), Bürgermeisterkandidat Versmold

Durch die geltenden Gebührenregelungen für Kitas und OGS, die Betragsfreiheit für niedrige Einkommen und umfassende Geschwisterregelungen beinhalten, wird allen ein Zugang zu diesen Betreuungs- und Bildungsangeboten ermöglicht. Zudem gibt es durch Schulsozialarbeit, auch speziell mit Stellenanteilen für BuT-Familien, wie inner- und

außerschulische Fördermöglichkeiten ein großes Netzwerk zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern aus sozial schwächeren oder bildungsfernen Familien.

Auf meine Initiative hin wird die Stadt Versmold in ihrer Verantwortung als Schulträgerin der örtlichen Grundschulen in den nächsten Monaten eine 1:1-Ausstattung mit digitalen Endgeräten realisieren, um allen SuS unabhängig vom Geldbeutel einen Zugang zu „Lernen auf Distanz“ zu geben und gleichwertige Möglichkeiten für alle zu schaffen, damit unabhängig von den Erfordernissen der Corona-Pandemie die zukünftigen Möglichkeiten des Digitalen Lernens genutzt werden können.

Hubert Erichlandwehr (CDU), Bürgermeisterkandidat Schloß Holte-Stuckenbrock

Es ist richtig, dass allen Kindern die Möglichkeit gegeben werden muss, gleichberechtigten Zugang zu allen Bildungsangeboten zu gewährleisten. Schon lange richten sich die Kita-Beiträge und die Beiträge zur OGS nach den Einkommensverhältnissen in der Familie, so dass sozial schwächere Familien vom Kita/OGS Beitrag befreit sind bzw. sehr niedrige Beiträge zu zahlen haben. „Lernen auf Distanz“ war in der Zeit der Coronapandemie leider an der Tagesordnung. Unabhängig von der Notwendigkeit „Unterricht auf Distanz“ über digitale Lernprogramme und digitale Endgeräte zu vermitteln, ist eine sehr gute Ausstattung der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte und der Schulgebäude für guten digitalen Unterricht erforderlich. „Lernen auf Distanz“ kann nie den Präsenzunterricht ersetzen. Daher muss die weitere Digitalisierung in der Bildung insbesondere einen Blick auf die Unterstützung des Präsenzunterrichts haben. Gleichzeitig, nahezu nebenbei, wird so auch die Möglichkeit des „Lernens auf Distanz“ verbessert. Mit dem entsprechenden Landesprogramm wird es gelingen, auch die sozial schwächeren Familien mit entsprechenden Endgeräten auszustatten. Das ist aber nur ein erster Schritt, Wir müssen und werden in Schloß Holte-Stuckenbrock alle Schülerinnen und Schüler und über das Land finanziert auch die Lehrkräfte mit entsprechenden Endgeräten versorgen. Ob in bestimmten Fällen auch eine private Beteiligung an den Kosten erforderlich wird, muss bedarfsbedingt geklärt werden.

Sven-Georg Adenauer (CDU), Landratskandidat Kreis Gütersloh

Mit der Einrichtung des regionalen Bildungsbüros als Verantwortungsgemeinschaft von Land und Kreis wird intensiv daran gearbeitet, die Bildungsgerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler im Kreis Gütersloh weiter voran zu bringen. Die Arbeit im Bereich Übergang Schule-Beruf (Landesprojekt „Kein Abschluss ohne Anschluss“) und auch die vielfältigen Projekte des kommunalen Integrationszentrums im Bereich der Bildung tragen zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei.

Mit dem Projekt „Schule und digitale Bildung“ ist es gelungen, alle kommunalen Schulträger zu einem intensiven inhaltlichen Austausch zusammenzubringen um die Digitalisierung in den Schulen auf den drei Ebenen Ausstattung, Lehrerfortbildung und Schul- und Unterrichtsentwicklung weiter zu entwickeln.

Seit 2016 ist der Kreis Gütersloh Schulträger für alle Förderschulen im Kreis Gütersloh. Für die Klassen in der Primarstufe ist an allen Schulen ohne gebundenen Ganztags eine Betreuung am Nachmittag durch den offenen Ganztags eingerichtet. Für die Kinder mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung ist der offene Ganztags mit einem

speziellen sozialpädagogischen Schwerpunkt ausgestattet, um die Kinder auch am Nachmittag optimal fördern zu können. Für dieses Angebot wird von den Eltern kein Elternbeitrag erhoben.

Der Kreis Gütersloh hat an allen Schulen in seiner Trägerschaft Schulsozialarbeit eingerichtet. Eltern und Schülerinnen und Schüler haben an jeder Schule die Möglichkeit der fachlichen Beratung durch eine qualifizierte Schulsozialarbeit.

In Zeiten des Homeschoolings wurde mit den Schulleitungen schnell vereinbart, dass die schulischen digitalen Endgeräte an Kinder ohne technische Möglichkeiten im häuslichen Bereich ausgeliehen werden dürfen, so dass möglichst vielen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben war, aktiv am Unterricht auf Distanz teilnehmen zu können.

Gitte Trostmann (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Gütersloh

Häufig ist es so, dass Bildungschancen immer noch zu stark von der sozialen Herkunft bestimmt sind. Daher können wir in Gütersloh stolz darauf sein, dass wir es geschafft haben, an allen Gütersloher Grundschulen, Schulsozialarbeit zu installieren, damit die Kinder und Jugendlichen bei Bedarf besondere Zuwendung und Unterstützung erhalten. Was jetzt noch fehlt in den meisten Schulen, sind Räumlichkeiten für die Arbeit der Schulsozialarbeiter*innen, darauf müssen wir hinwirken.

Schulsozialarbeit ist auch vor dem Hintergrund wichtig, dass neben Geflüchteten auch viele Menschen aus Bulgarien, Rumänien und Polen nach Gütersloh gekommen sind, um hier als Werkvertragsarbeitnehmer*innen zu arbeiten. Sie alle wollen wir integrieren. Viele von ihnen kommen mit ihren Familien zu uns. Für eine gelungene Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache Voraussetzung. Das gilt für die Kinder und die Eltern. Es bedarf daher ausreichender Sprachförderungen, um auch diesen Kindern faire Bildungschancen zu ermöglichen.

Wenn es um den Ausbau und Ausstattung von Grundschulen geht, setzen wir uns für einen vergleichbaren „Gütersloher Standard“ ein. Beim Ausbau der Schulen bezieht sich das auf die Holzmodulbauweise und bei den Lehrmitteln z. B. auf die digitalen Endgeräte. Uns ist es wichtig, dass die Bildungschancen in Gütersloh nicht davon abhängen, in welchem Quartier man wohnt.

Die beiden Shutdowns haben bereits bestehende Bildungsungerechtigkeit deutlich gemacht und verschärft, denn Kinder aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Familien haben deutlich schlechtere Bedingungen für selbstorganisiertes Lernen und/oder Distanzunterricht.

Um Chancengerechtigkeit zu erhalten, ist es wichtig, dass alle Schüler*innen nicht nur über digitale Endgeräte verfügen, sondern auch über Zugang zu einer leistungsstarken Infrastruktur, z. B. mit W-Lan und Druckern. Des Weiteren ist es wichtig, dass Lehrerinnen und Lehrer in den Softwarelösungen für den Distanzunterricht ausreichend geschult sind und dass bei technischen Problemen oder Bedienungsproblemen technischer Support für Eltern und Lehrer*innen zur Verfügung steht, der in der Lage ist, schnell auf die Meldungen zu reagieren und zu helfen.

Bei der Ausstattung mit Endgeräten für die Schüler*innen gilt: Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Für Schüler*innen aus einkommensschwachen und Familien brauchen wir

ein Konzept für die Hilfe bei der Finanzierung oder Leihgeräte, damit die Last nicht auf den Schultern der Eltern allein liegt.

Um das Problem der Bildungsungerechtigkeit in den Griff zu bekommen, ist eine auskömmliche Kindergrundsicherung seitens des Bundes nötig, denn viele Kommunen können das Problem nicht allein bewältigen.

Henning Schulz (CDU), Bürgermeisterkandidat Gütersloh

Mir ist es wichtig, dass Gebührenregelungen (Kita, OGS, Geschwisterkindregelungen, Nutzung digitaler Endgeräte, Gebührenbefreiung und -reduzierung in den Bereichen Kultur & Freizeit, Mobilität) ein gleichberechtigter Zugang zu allen Bildungs- und Betreuungsangeboten in Gütersloh ermöglicht wird. Um die Teilhabe durch digitales Homeschooling zu ermöglichen unterstütze ich ausdrücklich die bereits erfolgte, vollständige Ausstattung der Jahrgänge 1-6 aller Gütersloher Schulen mit 5.500 Ipad's und alle infrastrukturellen Voraussetzungen, die bereits geschaffen wurde. In deren weiteren Jahrgängen werden in Gütersloh alle Familien, die Transferleistungen erhalten, vollständig von Gebühren zur 1:1 Ausstattung mit digitalen Endgeräten in den Klassen 7-13- befreit sein. Somit werden unabhängig von der Schulform gleichwertige Möglichkeiten für alle geschaffen. Digitales Lernen ermöglicht den SuS ein höheres Maß an Freiheit, Leichtigkeit und Selbstverantwortung und ermöglicht ein Lernen im eigenen Tempo – so kann es gelingen, dem einzelnen Menschen und seiner Individualität besser gerecht zu werden. Die Ermöglichung von Bildungschancen ist für mich aber auch maßgeblich mit der Frage der Lerndidaktik wie auch mit den Lerninhalten verbunden: Wenn SuS immer mit Hand, Herz und Kopf – Analog wie Digital arbeiten, entsteht für mich mehr Bildungsgerechtigkeit, weil dann der Mensch als ganzes gesehen wird.

Michael Esken (CDU), Bürgermeisterkandidat Verl

Hier in Verl findet ein enger Austausch zwischen den Schulen und der Politik in Verl statt. Durch regelmäßige Zusammenkünfte, unter anderem auch im Schulausschuss der Stadt Verl, werden Bildungschancen und Bildungsmöglichkeiten interdisziplinär diskutiert. Die Stadt Verl leistet bereits über die Richtlinien, z. B. der offenen Ganztagschule, hinaus, eigene Beiträge, um auch Bildung dort weiter zu vermitteln. Insoweit muss durch einen regelmäßigen Austausch zwischen den Schulen und der Kommunalpolitik sichergestellt werden, dass die Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen gleich sind.

Gemeinsam mit der Landesregierung setzen wir uns für eine stete Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsangebote im Land Nordrhein-Westfalen ein, damit alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Bildungschancen erhalten. Insbesondere betrifft das Kindertageseinrichtungen und Offene Ganztagschulen.

Mit dem Kindergarten-Jahr 2020/21 tritt das reformierte Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in Kraft, mit dem wir die strukturelle Unterfinanzierung der Kindertageseinrichtungen beenden und die Kindertagespflege stärken. Die Landesregierung stellt zudem zusätzliche Mittel für flexiblere Betreuungsangebote, Sprachförderung, plusKITAs und Familienzentren bereit. Zuletzt hat die Landesregierung Familien ab dem 1. August 2020 ein weiteres Jahr beitragsfrei gestellt, so dass insgesamt grundsätzlich zwei Jahre beitragsfrei sind.

Gemeinsam mit den Kommunen konnten seit 2017 über 22.000 neue Plätze an den Offenen Ganztagschulen eingerichtet werden. Zudem hat das Land zugesagt, auch weiterhin alle von den Kommunen beantragten Plätze finanzieren. Das Land selbst finanziert die OGS mit 564 Millionen Euro im Jahr 2020, das entspricht gegenüber 2017 einem Aufwuchs von 110 Millionen Euro. Es werden im kommenden Schuljahr etwa 330.000 Plätze zur Verfügung stehen. Im Zuge der Ausbreitung von COVID-19 hat sich das Land Nordrhein-Westfalen mit 50% an den Beitragsausfällen der Kommunen für Angebote im Ganztage beteiligt: Dies entspricht rund 72 Millionen Euro.

Pamela Westmeyer (CDU), Bürgermeisterkandidatin Harsewinkel

Im kommunalen Vergleich niedrige Gebühren, zwei beitragsfreie Kindergartenjahre und komplette Beitragsfreiheit für Einkommen bis 37.00 EUR Bruttojahreseinkommen, sowie familienfreundliche Geschwisterkindregelungen ermöglichen bereits heute grundsätzlich allen Kindern in Harsewinkel den Zugang zu Betreuungs- und Bildungsangeboten in Kita, Randstunde und OGS.

Als Bürgermeisterin würde ich aber auch gerne die Qualität der Ganztagsbetreuung in Harsewinkel verbessern. Nachhaltig beeindruckt haben mich hier die Erfahrungen aus unserer lettischen Partnergemeinde Mazsalaca. Das Schulsystem in Lettland ermöglicht Kindern im Nachmittagsbereich eine zusätzliche, neigungsorientierte und begabungsfördernde, qualitativ exzellente Ausbildung in Musik, Kunst oder Sport. Dazu besuchen die lettischen Kinder im Nachmittagsbereich spezielle Kunst-, Musik- oder auch Sportschulen. Die Ergebnisse beeindrucken. Gerne würde ich ähnliche Möglichkeiten auch unseren SuS in Harsewinkel ermöglichen. Vorzugsweise unter Einbindung von örtlichen Künstlern, Musikern und Sportlern. Fördern statt Verwahren.

Ferner schwebt mir zur besseren Umsetzung und Nutzung der Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket die Implementierung eines Kartensystems nach dem Vorbild der „Youcard Hamm“ vor. Komplizierte Antragsverfahren überfordern einkommens- und bildungsschwache Familien oft. Deshalb werden viele Leistungen, die den Familien eigentlich zustehen würden, nicht in Anspruch genommen. Die Stadt Hamm hat eine einfache und praktische Lösung gefunden, bewilligte Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket direkt an den Leistungsanbieter auszuzahlen, umständliche mehrfache Antragsstellungen entfallen, Leistungen für den Schulbedarf werden an die Antragsteller direkt ausgezahlt.

Lernen auf Distanz funktioniert nur, wenn jede Schülerin und jeder Schüler über ein eigenes digitales Endgerät verfügen kann. Die Stadt Harsewinkel hat soeben 1000 Tablets angeschafft (45 Geräte als schulgebundene mobile Endgeräte plus 1 Tablet je pädagogisch genutztem Raum zur Steuerung der Präsentationstechnik, Rest: Geräte für bedürftige SuS – finanziert über Sofortausstattungsprogramm und Digitalpakt NRW).

Das Gymnasium arbeitet ohnehin bereits seit drei Jahren vorbildlich und erfolgreich ab der 7. Klasse mit Tablets. Da im Außenbereich immer noch nicht alle Milchkannen Internetanschluss haben, ist die Einrichtung von Studie Halls mit Leihgeräten eine gute Möglichkeit hier Abhilfe zu schaffen, und benachteiligten Schülern Zugang zum Internet zu verschaffen.

Kreis Herford

Herbert Even (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Herford

Wir teilen Ihre Ansicht, dass Bildungs- und damit auch berufliche Chancen immer noch zu stark von der sozialen Herkunft bestimmt sind. Die kommunalen Handlungsspielräume sind allerdings in hohem Maße von den bildungspolitischen Vorgaben des Landes inkl. der Personalhoheit (über das schulische Lehrpersonal) geprägt. Vor diesem Hintergrund ist es Aufgabe der Kommunen, eine möglichst hochwertige Gebäude- und Sach- sowie Personalausstattung (Kita + OGS; nichtpädagogisches Personal) bereitzustellen², so dass sich Kinder/Schüler*innen und Personal in den Schulen und Kitas wohlfühlen können. Darüber hinaus sind – im Rahmen der landesgesetzlichen Vorgaben – die Möglichkeiten eines möglichst langen gemeinsamen Lernens über die Primarstufe hinaus durch Errichtung entsprechender (Ganztags-)Schulformen auszuschöpfen. Einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen kann in diesem Zusammenhang auch eine gut ausgebaute Schulsozialarbeit leisten. Diese kommunalen Aufgaben können aber nur geleistet werden, wenn eine ausreichende Finanzierung von Bund und Land unter Beachtung des Konnexitätsprinzips bereitgestellt wird.

Rüdiger Bockhorst (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Kirchlingern

Die Corona-Pandemie hat die, auch vorher schon – auch in OWL - bestehende Bildungsungerechtigkeit verschärft. Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen / bildungsfernen Familien hatten und haben deutlich schlechtere Voraussetzungen für einen erfolgreichen Bildungsweg.

Bildungserfolg darf nicht von sozialer Herkunft abhängen, daher müssen alle kostenlosen Zugang zu Bildung haben und jedes Kind entsprechend seiner Fähigkeiten gefördert und damit ein für das Kind höchst-möglicher Schulabschluss führen.

Um das Problem der Bildungsungerechtigkeit zu lösen benötigen wir die Umsetzung bekannter, erfolgreicher Konzepte (z.B. Toronto/Zürich) die auf allen Ebenen (Bund-Land-Kommune) getragen und verantwortet werden. Dazu gehören auch Maßnahmen für die Eltern, um deren Rollen und Aufgaben in dem gemeinsam verantworteten Erziehungs- und Bildungsauftrag zu klären bzw. sie in die Lage zu versetzen und eine Kindergrundsicherung. Ohne gesetzliche Änderungen seitens des Bundes und des Landes wird eine Kommune Bildungsgerechtigkeit nicht alleine herstellen können.

Die Linke – Kreisverband Herford

In der Tat ist in Deutschland der Bildungserfolg junger Menschen so sehr vom Elternhaus abhängig, wie in kaum einem anderen Land. DIE LINKE setzt sich in der Bildungspolitik für kleinere Klassen, längeres gemeinsames Lernen und die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems ein. Wir wollen inklusive Gesamtschulen als Ganztagschulen. Dies verhindert eine Segregation der Kinder, auch im Hinblick auf das jeweilige Herkunftsmilieu und reduziert den Einfluss der Frage, ob Kinder von ihren Eltern bei Schulaufgaben zuhause Unterstützung erhalten können, da Hausaufgaben im Idealfall nicht

mehr anfallen, sondern in der Schule erledigt werden. Skandinavische Länder fahren seit Langem sehr gut mit solchen Schulmodellen.

DIE LINKE setzt sich außerdem für gebührenfreie Bildung von der KiTa bis zur Hochschule ein. Vor Ort in der Kommune können wir dies im Rahmen von KiTa-Gebühren beeinflussen. Weiterhin setzen wir uns hier für kostenloses Mittagessen in Schule und KiTa ein, sowie für ausreichend Schulsozialarbeiter*innen und Integrationshelfer*innen.

Dorothee Schuster (CDU), Kandidatin zur Landrätin Kreis Herford

Ziel muss es bleiben den Regelbetrieb an den Schulen aufrecht zu erhalten, nur eine gemeinsame Beschulung sichert gleiche Bildungschancen. Darüber hinaus ist mit der Beschaffung digitaler Endgeräte für bedürftige Schüler*innen der Grundstein gelegt auch beim Lernen auf Distanz eine Chancengleichheit zu erreichen. Perspektivisch ist eine vollständige Ausstattung aller Schüler*innen mit einem digitalen Endgerät mein Ziel.

Kreis Lippe

Dr. Volker Brand (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Oerlinghausen

Wie sie richtig sagen, bemängelt die internationale Bildungsforschung seit langem, dass in Deutschland die soziale Herkunft zu stark über den Bildungsabschluss entscheidet. Corona hat diesen Zustand noch weiter verstärkt, weil besonders in der Sekundarstufe I viele Schüler*innen über kein digitales Endgerät im gesamten Haushalt verfügen und daher noch nicht einmal an den digitalen Lernplattformen via Mail teilhaben konnten. Von daher muss sichergestellt werden, dass in Haushalten aller Schüler*innen ein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt wird. An unserer Schule (Europaschule Bad Oeynhausen) gilt das immerhin für die Sekundarstufe II.

Darüber hinaus muss schulintern die Förderung für Schüler*innen aus sogenannten bildungsfernen Schichten verstärkt werden.

Martin Hoffmann (SPD), Bürgermeisterkandidat Leopoldshöhe

Als Familienvater und Sozialdemokrat liegt mir das Thema sehr am Herzen. Mit drei kleinen Kindern erlebe ich die Chancenungleichheit in Schulen und Kindergärten hautnah. Auch in meinem derzeitigen Beruf als Hochschullehrer an der Fachhochschule sind divergierende Bildungschancen auf Grund der familiären Herkunft der Studierenden fester Bestandteil meiner täglichen Arbeit. Wir müssen der Bildungsgerechtigkeit wieder mehr Aufmerksamkeit schenken. Die Bilanzen des Bildungssystems der Bundesrepublik Deutschland und des Landes NRW sind enttäuschend.

Die Arbeit fängt auf kommunaler Ebene an: Die Gemeinde Leopoldshöhe betreibt in eigener Verantwortung vier eigene Kindertagesstätten. Das ist eine Seltenheit und eine hohe Belastung für eine Kommune dieser Größenordnung. Im Gegenzug eröffnen sich jedoch Handlungsoptionen: die Leopoldshöher Kindertagesstätten verfügen über hervorragendes Personal und sind ein attraktiver Arbeitgeber. Die Personalfuktuation ist gering. Es wurden kontinuierlich Investitionen in die Infrastruktur vorgenommen und alle Kitas sind als

Familienzentren zertifiziert. Doch das allein bringt noch keine Bildungsgerechtigkeit. Im Gegensatz zu Universitäten und Schulen sind die Kitas gebührenpflichtig. Doch sind Kitas heute keine Betreuungsanstalten mehr, sondern wichtige Bildungsinstitutionen. Daher sollten auch die Eltern keine Gebühren zahlen müssen. Die Finanzierung muss geklärt sein, das ist nicht alleinige Angelegenheit der Kommunen. Land und Bund müssen mitziehen. Den nötigen Druck können Eltern und Kommunalpolitik jedoch erzeugen.

Mir ist wichtig, klar zu trennen: die Experten für Unterricht sind Lehrer, Eltern und Schüler. Die Gemeinde Leopoldshöhe wird die Schulen weiterhin nach allen Möglichkeiten unterstützen. Das gilt für alle Lebenslagen, insbesondere jetzt, in der Corona-Krise. Bund und Land haben mit dem Digital-Pakt schon sehr geholfen, die Richtung stimmt, aber vieles ist immer noch mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden.

Eine gute Bildung bedarf einer angemessenen und guten Ausstattung aller Bildungseinrichtungen. Viele Bildungseinrichtungen benötigen dringend Renovierungen, Anbauten sowie eine Erweiterung der digitalen Infrastruktur. Hier sind die Kommunen als Träger der meisten Bildungseinrichtungen gefragt.

Julia Eisentraut (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Oerlinghausen

Kinder und Jugendliche müssen *eigene* digitale Geräte besitzen, die sie in der Schule und auch zu Hause nutzen können. Nur so lässt sich eine Spaltung nach dem Einkommen der Eltern verhindern! Geräte, die verpflichtend und vornehmlich für die Schule verwendet werden, können dabei helfen, diese Lücke zu schließen. Das klingt erst einmal seltsam, hängt aber damit zusammen, dass Schulgeräte gut gefördert werden können.

Viele weiterführende Schulen, die verpflichtend Laptops oder Tablets in Klassen einführen, berichten, dass...

1. ...bei langer Vorankündigung ein Großteil der Eltern das Gerät im Voraus kaufen (statt eines Handys oder eines anderen Computers, der sowieso angeschafft worden wäre).
2. ...nur geringe Mehrkosten entstehen, wenn dafür die ohnehin üblichen Kosten z.B. für Taschenrechner, Kopien oder Arbeitshefte entfallen.

Wie für anderen Schulbedarf auch kann hier ein **Zuschuss** beantragt werden. Die meisten Schulen kombinieren diese Maßnahmen noch mit einem **günstigen Finanzierungsmodell** über den Schulträger (z.B. ein Abbezahlen mit 5, 10 oder 20 Euro im Monat über mehrere Schuljahre) und einer **gemeinschaftlichen Versicherung** mit geringer Selbstbeteiligung, damit auch ein Schaden am Gerät finanziell abgesichert ist.

Die Erfahrung der Schulen ist, dass sich damit alle bis auf sehr wenige Familien Geräte für ihre Kinder gut leisten können. In Härtefällen werden dann Sonderlösungen über den Förderverein oder den Schulträger gefunden, wie es auch jetzt vielerorts für Klassenreisen, Schulmaterial und Taschenrechner der Fall ist.

Eine solche Lösung in **gemeinsamer Planung** mit Eltern, Schüler:innen und Schulen strebe ich auch für Oerlinghausen an. Hier gilt es alle von Anfang an einen Tisch zu holen und Wünsche und Anregungen, aber auch Sorgen und Ängste ernstzunehmen. Bevor eine verpflichtende Lösung gefunden wird, müssen Modellrechnungen zeigen, welche Mehrkosten potenziell für Familien entstehen (und wie diese weitestgehend vermieden werden können).

Gerade während des Lockdowns hat man feststellen können, dass auch Zugang zum Internet ein Problem ist. Der Marketingverein hat sich sowieso **flächendeckendes freies WLAN** zum Ziel gesetzt. Wählt man (einige wenige) Standorte so, dass gezielt dort Router aufgestellt werden, wo Kinder und Jugendliche ohne eigenen Internetzugang leben, kann man auch hier einer Spaltung entgegenwirken. Diese Maßnahme ist kosteneffizient (ein Router kostet nur um die 40 Euro bis 60 Euro) und ist innerhalb weniger Tage umsetzbar.

Dr. Katharina Kleine Vennekate (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Lemgo

Auch aus grüner Sicht sind Bildungs- und damit auch berufliche Chancen immer noch zu stark von der sozialen Herkunft bestimmt. Der Shutdown hat die **Bildungsungerechtigkeit** verschärft, denn Kinder aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Familien haben deutlich schlechtere Bedingungen für selbstorganisiertes Lernen und/oder Distanzunterricht. Auch künftig wird es voraussichtlich nicht ohne Distanzunterricht gehen, auch wenn Präsenzphasen die Regel sein sollen. Deshalb ist es wichtig, dass alle Schüler*innen nicht nur über digitale Endgeräte verfügen, sondern auch über Zugang zu einer leistungsstarken Infrastruktur (siehe Punkt 3).

Die kommunalen Handlungsspielräume sind allerdings in hohem Maße von den bildungspolitischen Vorgaben des Landes inkl. der Personalhoheit (über das schulische Lehrpersonal) geprägt. Landesweit müssen Schulen an schwierigen Standorten und mit vielen Schüler*innen aus einkommensschwachen und / oder bildungsfernen Familien besser ausgestattet werden; dafür brauchen wir einen **schulscharfen Sozialindex**, der nicht für das für Land gilt, sondern auch der Kommune Orientierung in der Mittelzuweisung bietet. Ungleiches muss ungleich behandelt werden.

Vor Ort in Lemgo wollen wir ein **möglichst langes gemeinsames Lernen im Ganztag** ermöglichen. Der Rechtsanspruch auf Ganztag ab 2025 muss jetzt schon vorbereitet werden. Deshalb sind z.B. **Standards für die Offene Ganztagschule** unabdingbar. Regelmäßige Qualitätszirkel, Evaluation und Unterstützung durch den Schulträger flankieren als „Gelingensfaktoren“ einen zukunftsgerichteten Ganztag.

Weiter brauchen wir gerade auch in Lemgo an allen Schulen eine **verlässliche und gesicherte Schulsozialarbeit**. Dies hat die Ratsmehrheit gegen uns Grüne bisher verhindert. Dies gilt gerade jetzt, wo die „BuT-Stellen“ nur bis Ende 2020 gesichert sind. Wir Grünen fordern je Schule eine Arbeitskraft als Ressource.

Wir Grünen möchten auch den **Zugang zu Kultur- und anderen außerschulischen Angeboten** fördern – zum Beispiel die kostenlose Fahrt in Bussen, die Teilnahme aller Kinder am Programm „Kulturrucksack“ und an den Angeboten der städtischen Kultureinrichtungen.

Über die Grenzen der Kommune hinaus brauchen wir schließlich eine Kindergrundsicherung. Ohne diese grundlegende Änderung seitens des Bundes wird die Kommune nicht das Problem bewältigen können.

Für diese kommunalen Aufgaben bedarf es aber stets der ausreichenden Finanzierung von Bund und Land unter Beachtung des Konnexitätsprinzips.

Julian Koch (SPD), Bürgermeisterkandidat Schlangen

Aus meinem persönlichen Lebensweg weiß ich, dass die Bildungschancen in Deutschland nach wie vor ungleich verteilt sind. Aber mit sechs Kindertagesstätten, zwei Grundschulen sowie der August-Hermann-Francke-Gesamtschule in privater Trägerschaft besitzt die Gemeinde Schlangen hervorragende Voraussetzungen, um allen Kindern und Jugendlichen optimale Bildungschancen zu gewährleisten. Traditionell nutzen unsere Schlänger Schülerinnen und Schüler das umfangreiche und komplette Schulangebot in unseren Nachbarkommunen Horn-Bad Meinberg, Bad Lippspringe und Paderborn.

Alle Kinder im Kindergartenalter haben in Schlangen einen Kita-Platz, sodass die Frühförderung von Kindern in Schlangen gewährleistet ist. Als Bürgermeister für Schlangen werde ich dafür sorgen, dass diese 100-prozentige Betreuungsquote bleibt. Außerdem werde ich eng mit allen Kita-Trägern zusammenarbeiten, um sie bei ihrer Bildungsarbeit zu unterstützen. Langfristig sollten die Kita-Gebühren für alle Eltern wegfallen. Für eine optimale Bildungslaufbahn von der Kita bis zum Beruf ist die Gestaltung der Übergänge zwischen den Bildungsformen (Kita-Grundschule; Grundschule-weiterführende Schule; weiterführende Schule-Ausbildung/Studium; Ausbildung/Studium-Beruf) zentral. Insbesondere für Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien stellt der Wechsel eine große Gefahr dar. Hierfür werde ich in Kooperation mit allen Bildungsakteuren in Schlangen sowie den Nachbarkommunen ein Übergangsmanagement ins Leben rufen. Damit soll gewährleistet sein, dass alle Kinder auf ihrem Bildungsweg bestmöglich gefördert werden.

Robin Wagner (Bündnis 90 / Die Grünen), Landratskandidat Kreis Lippe

Der Shutdown hat die Bildungsungerechtigkeit verschärft, denn Kinder aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Familien haben deutlich schlechtere Bedingungen für selbstorganisiertes Lernen und/oder Distanzunterricht.

Da die Landesregierung die Schulen und die Schulträger massiv im Stich lässt und die Illusion einer Unterrichtssituation ohne Pandemie aufbaut, sind die Schulträger umso mehr gefragt, diesen Ausfall der CDU-FDP-Landesregierung kommunal aufzufangen soweit es geht. Derzeit ist festzustellen, dass Schule auch in der schwierigen Situation funktioniert – aber nicht wegen, sondern trotz der Landesregierung. Für das Engagement aller Beteiligten bin ich sehr dankbar.

Auch wenn Präsenzunterricht die Regel sein soll, wird es in der näheren Zukunft nicht ohne Distanzunterricht gehen - dort, wo die Räume fehlen, wo Lehrkräfte aus Gesundheitsschutzgründen nur Distanzunterricht geben können oder Schüler*innen aus Gesundheitsschutzgründen nicht in die Schule kommen dürfen. Deshalb ist es wichtig, dass alle Schüler*innen nicht nur über digitale Endgeräte verfügen, sondern auch über Zugang zu einer leistungsstarken Infrastruktur, z.B. mit W-Lan und Druckern. Es fehlt aber auch nicht nur an Hardware, sondern auch an Software – Lernplattformen und vor allem Kommunikationsplattformen. Bildung besteht auch im Distanzunterricht im Wesentlichen aus zwischenmenschlicher Kommunikation. Mir ist wichtig, dass der Kreis seine eigenen Schulen und die Schüler*innen und Lehrer*innen ausreichend ausstattet, aber auch die Städte und Gemeinden als Schulträger in fachlicher Beratung stark unterstützt. Neben der Hard- und Softwareausstattung zeigt sich übrigens auch, wie wichtig eine flächendeckende Breitbandinternetversorgung ist. Dabei reicht es nicht, die Schulen gut anzubinden (was auch leider immer noch nicht überall gesichert ist), sondern auch die Wohngebiete müssen versorgt

sein. Neben diesen derzeit auch medial sehr präsenten Ansätzen sind aber auch Schulsozialarbeit (ist immer wichtig, aber in diesen herausfordernden Zeiten und auch begleitend in Phasen des Distanzunterrichts noch mehr) und möglichst viel inklusiver Unterricht, sowie Schulen des längeren gemeinsamen Lernens (wie unsere Gesamtschule des Kreises) ein wichtiger Bestandteil gleicher Chancen für alle.

Das Ziel einer kostenlosen Bildung über alle Stufen teile ich, sehe aber in der aktuell sehr angespannten und in der näheren Zukunft mit zu erwartenden Insolvenzen u.ä. noch angespannter werdenden Finanzsituation der Städte und Gemeinden keine kurzfristige kommunale Möglichkeit, dies z.B. für die Kitas herzustellen.

Arne Brandt (SPD), Bürgermeisterkandidat Lemgo

Es bedarf des ganzen Dorfs, um Kinder zu erziehen und erwachsen werden zu lassen.

In Anlehnung an das bekannte afrikanische Sprichwort werde ich die Kooperation, den Austausch und die gegenseitige Unterstützung aller am Erziehungs- und Bildungsprozess Beteiligten nachhaltig fördern. Sei es bei der inhaltlichen Zusammenarbeit von Kitas und Schulen mit dem Jugendamt sowie mit den freien Trägern der Kinder- und Jugendarbeit oder sei es mit der Zusammenarbeit der Schulen untereinander, um Übergänge reibungsarm zu gestalten.

Außerunterrichtliche Pädagogik und Unterrichtspraxis müssen sich respektvoll ergänzen, um auch Kindern und Jugendlichen mit höherem Unterstützungsbedarf angemessen zur Seite zu stehen.

Die Corona-Krise hat uns vor Augen geführt, was wir beim Stichwort digitales Lernen noch zu tun haben. Der Unterschied des digitalen Zugangs spiegelt sich direkt bei den Möglichkeiten zur Teilhabe am Lernen wider. Ich stehe dafür, alle Ortsteile Lemgo digital vernünftig anzubinden, so dass ein zeitgemäßer Zugang zu digitalen Inhalten überhaupt erst möglich ist.

In Haushalten mit Bedürftigkeit muss es öffentlich geförderte Hardware geben, damit der Zugang ermöglicht ist. Dafür sollten die Lernplattformen vereinheitlicht werden, damit Hardware entsprechend großen Zugriff gewährleisten kann.

Drittens müssen auch Lehrerinnen und Lehrer mit der entsprechenden Medienkompetenz ausgestattet werden, damit Lehren über digitale Inhalte möglich ist.

Frank Hilker (SPD), Bürgermeisterkandidat Detmold

Eine bestmögliche frühkindliche Bildung ist der kommunale Schlüssel, um Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von deren sozialer Herkunft zu fördern. Dazu gehört auf der einen Seite die quantitative Bereitstellung von Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen wie auch Tagespflege basierend auf einer möglichst breiten Trägervielfalt.

Den Zugang zu Betreuungsplätzen und dadurch zu frühestmöglicher frühkindlicher Bildung flankiert eine möglichst breite Freistellung von den Elternbeiträgen. In Detmold zahlen bereits 2/3 der Kita- und OGS-Eltern keine Elternbeiträge.

Der andere zentrale Faktor ist die Qualität der Bildung in Kitas und OGS. Durch freiwillige Trägeranteilssubventionierung in Millionenhöhe ermöglicht die Stadt Detmold den Kitas eine landesweit im Spitzenfeld liegende personelle Ausstattung der Kitas. Dies ermöglicht eine sehr hohe Betreuungsqualität, das war und ist gerade in schwierigen Zeiten der Corona-Pandemie noch einmal sehr deutlich geworden.

Das von mir initiierte Projekt Sports4Kids ist ein Musterbeispiel für Bildungsgerechtigkeit in dem zentralen Bildungsfeld der Bewegung. Eine systematische Gestaltung des Übergangs von der Kita in die Grundschule, wie sie in Detmold mit dem Buddy-Projekt erfolgt, ebnet den Weg der Kinder in die Schulzeit.

Hier liegt der kommunale Einflussfaktor auf dem quantitativen und qualitativen Angebot der OGS. Auch in der OGS verfügt Detmold nicht nur über ein überdurchschnittliches quantitatives Angebot an Betreuungsplätzen, sondern ermöglicht mit den auch hier landesweit im Spitzenfeld liegenden kommunalen Zuschüssen an die OGSen die Einhaltung des Fachkräftegebots und stellt darüber hinaus für das Thema Gesunde Schule zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung.

Ich habe im letzten Jahr ein Konzept aufgestellt, nach dem jede Detmolder Schule über eine*n Schulsozialarbeiter*in verfügt. Die Verteilung der Personalressourcen wie auch in anderen Feldern erfolgt nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“, so dass den sozial belasteten Schulen höhere Personalressourcen zur Verfügung stehen.

Kreis Minden-Lübbecke

Henning Bökamp (FDP), Bürgermeisterkandidat Bad Oeynhausen

Wir setzen uns ein für eine ausgleichende Bildungspolitik und Bildungspraxis, soll heißen, dass Schülerinnen und Schüler bei wachsender Heterogenität ein differenziertes, auf ihre individuelle Lernausgangslage passendes Lernangebot erhalten. Dies gilt insbesondere für leistungsschwächere aber auch für leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler, die ebenfalls stärker als bisher gezielt gefördert werden müssen, um ihre Potenziale zu entfalten. Dieses Vorgehen stellt hohe Anforderungen an das Lehrpersonal, so dass fachdidaktische, fachliche und pädagogische Fragen zur Unterrichtsgestaltung idealerweise gemeinsam von multiprofessionellen Teams bearbeitet werden sollten.

Damit verbunden braucht es angemessene schulstrukturelle Rahmenbedingungen, z.B. ausreichende Anzahl und der Sache dienende Räumlichkeiten, mehr Personal und eine hochwertige IT-Ausstattung, um das gemeinsame Arbeiten zu erleichtern statt es zu behindern.

Die Linke – Kreisverband Minden-Lübbecke

Zu Recht weisen Sie darauf hin, dass es noch immer keine gleichen Bildungschancen in Deutschland gibt und der Erfolg der Kinder und Jugendlichen noch immer in Abhängigkeit ihres sozialen Umfeldes, primär ihres Elternhauses liegt. Nicht nur Reichtum vererbt sich, sondern auch Armut und beides korreliert in Teilen mit Bildung. In kaum einem anderen Land zeichnet

sich dies so deutlich ab wie in Deutschland. DIE LINKE setzt sich in der Bildungspolitik für kleinere Klassen, längeres gemeinsames Lernen und die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems ein. Wir wollen inklusive Gesamtschulen als Ganztagschulen. Dies verhindert eine Segregation der Kinder, auch im Hinblick auf das jeweilige Herkunftsmilieu, und reduziert den Einfluss der Frage, ob Kinder von ihren Eltern bei Schulaufgaben zuhause Unterstützung erhalten können, da Hausaufgaben im Idealfall nicht mehr anfallen, sondern in der Schule erledigt werden. Bildung und Erziehung sehen wir nicht einzig als individuelle Herausforderung, sondern als gesamtgesellschaftlichen Auftrag. In skandinavischen Ländern hat man mit solchen Schulmodellen bisher sehr gute Erfahrungen gemacht.

DIE LINKE setzt sich außerdem für gebührenfreie Bildung von der KiTa bis zur Hochschule ein. Weiterhin setzen wir uns hier für kostenloses Mittagessen in Schule und KiTa ein, sowie für ausreichend Schulsozialarbeiter*innen und Integrationshelfer*innen.

Kreis Paderborn

Alina Wolf (Die Linke), Kandidatin zur Landrätin Paderborn

Ich stehe für eine gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zur Volkshochschule. Dazu gehören Sozialarbeiter*innen an jeder Schule und Kita. Ein psychologische Dienst auf Ebene des Kreises reicht nicht aus. Er muss in jeder Gemeinde selbstverständlich werden. Der Corona-Lockdown hat deutlich gemacht, dass wir neue Wege gehen müssen. Aufsuchende Sozialarbeit in benachteiligten Wohngebieten und Familien kann die Bildungschancen stärken. Grundschüler*innen und Berufsschüler*innen aus benachteiligten Familien brauchen ein Angebot an sozialer Begleitung - auch beim häuslichen Lernen oder im Betrieb. Geld dafür ist genug da, denn ein Prozent der Bevölkerung besitzen ein Drittel des Volksvermögens. Nur DIE LINKE steht für eine konsequente Steuerpolitik, die die Mehrzahl der Menschen entlastet und die Reichen stärker belastet.

Ute Dülfer, Bürgermeisterkandidatin Lichtenau (unterstützt von SPD und FDP)

Schon die Kitas sollten frühkindliches Lernen fördern. Damit jedes Kind eine Kita besuchen kann sollten die Beiträge an das Einkommen der Eltern angepasst werden. Leistungsschwächere Kinder (natürlich auch die mit Migrationshintergrund) sollten schon in der Kita die Möglichkeit bekommen pädagogische Angebote zur Förderung aufsuchen zu können. Um diese Angebote wahrnehmen zu können, sollten die Eltern bewusst über die bestehenden Möglichkeiten informiert werden. Hierzu gehören z. B. auch Angebote der Sprachförderung. Auch bei Förderungen, die zu Hause durchgeführt werden können, sollte man die Familien unterstützen.

Ich könnte mir vorstellen, dass man Informationsveranstaltungen zu diesem Thema anbietet und die Eltern explizit zu diesen Veranstaltungen anschreibt und einlädt. Diese Förder-Angebote kann es natürlich auch noch für die Grundschule oder die weiterführenden Schulen geben.

Elke Süsselbeck (Die Linke), Bürgermeisterkandidatin Paderborn

DIE LINKE fordert eine gebührenfreie Bildung in Paderborn, von der Krippe bis zur Volkshochschule. Dazu freien Eintritt in die Paderborner Museen, Bibliotheken und das Theater. Sozialarbeiter*innen an jeder Schule und Kita und dazu ein eigener psychologischer Dienst, müssen in der Stadt selbstverständlich werden. Der Corona-Lockdown hat deutlich gemacht, dass wir neue Wege gehen müssen. Aufsuchende Sozialarbeit in benachteiligten Wohngebieten und Familien kann die Bildungschancen stärken. Insgesamt müssen die Jugendhäuser besser ausgestattet, das Personal besser bezahlt und die Öffnungszeiten am Wochenende erweitert werden. Geld dafür ist genug da, denn ein Prozent der Bevölkerung besitzen ein Drittel des Volksvermögens. Nur DIE LINKE steht für eine konsequente Steuerpolitik, die die Mehrzahl der Menschen entlastet und die Reichen stärker belastet.

Ausstattung der Bildungseinrichtungen

Eine gute Bildung bedarf einer angemessenen und guten Ausstattung aller Bildungseinrichtungen. Viele Bildungseinrichtungen benötigen dringend Renovierungen, Anbauten sowie eine Erweiterung der digitalen Infrastruktur. Hier sind die Kommunen als Träger der meisten Bildungseinrichtungen gefragt.

Wie wollen Sie vor Ort sicherstellen, dass die Bildungseinrichtungen sowohl baulich als auch digital besser aufgestellt werden?

Kreis Höxter

Nicolas Aisch (CDU), Bürgermeisterkandidat Borgentreich

Die Netzwerke in Schulen sind in den meisten Fällen „historisch gewachsen“. Die Gelder aus dem DigitalPakt werden aus diesem Grund in Borgentreich komplett für die Erneuerung der digitalen Infrastruktur verwendet. Diese wird dadurch nachhaltig optimiert. Weitere bauliche Veränderungen werden natürlich auch durchgeführt. Der Stadt Borgentreich ist schon immer bewusst gewesen, dass der Erhalt des Schulzentrums vor Ort eine fundamentale Aufgabe ist. Dies zeigt sich auch in den Bemühungen, die 2-fach Sporthalle im Schulzentrum durch eine neue 3-fach Mehrzweckhalle zu ersetzen. Ich werde diesen Weg natürlich konsequent weitergehen.

Bündnis 90 / Die Grünen – Kreisverband Höxter

Da haben wir GRÜNE mit dem Programm „Gute Schule 2020“ den Grundstein gelegt. Dieses Programm muss dringend verlängert werden, denn es adressiert genau die notwendigen Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen an Schulgebäuden, sowie Investitionen in die digitale Infrastruktur der Schulen (z. B. in Form von LAN, WLAN bzw. die Beschaffung von Geräten wie Beamer, Whiteboards oder Laptops/PCs).

Wichtig ist darüber hinaus eine solide und ausreichende Bereitstellung von technischer und pädagogischer Unterstützung der Lehrkräfte im digitalen Bereich.

Stadt Bielefeld

Simon Lange (CDU), Bürgermeisterkandidat Bielefeld

Dies ist in unserer wachsenden Stadt und mit den Nachholbedarfen der letzten Jahre eine große Herausforderung. Schule muss unsere Kinder auf den digitalen Wandel vorbereiten; dafür müssen wir schnellstmöglich für alle Schulen eine zeitgemäße und pädagogisch angemessene digitale Technik bereitstellen. Um sicherzustellen, dass die Systeme auch laufen und den Lehrerinnen und Lehrern bei Fragen unverzüglich und nicht wie derzeit erst Wochen später geholfen wird, werden wir die Bielefelder Schulen vor Ort mit einem „digitalen Hausmeister“ ausstatten. Moderne Schule, wie wir sie verstehen, ist keine Lernfabrik, sondern

ein lebendiger Lern- und Lebensort, an dem alle Schülerinnen und Schüler ihre Fähigkeiten und Talente Bielefeld besser machen entwickeln können. Dies ist nur in einem gleichberechtigten, mehrgliedrigen Schulsystem möglich.

Der jetzt weiterhin notwendige Neubau von Grundschulen ist aber nicht nur an der Zahl fehlender Grundschulplätze festzumachen, sondern muss auch an der Eignung des Grundstücks bezüglich des Schulweges, der Größe des möglichen Schulgebäudes und Schulhofes sowie der Entwicklung eines Stadtteils oder Quartiers geplant werden. Bei der Gestaltung des Schulgeländes werden wir darauf achten, dass spielerisches, kreatives und haptisches Lernen nicht vernachlässigt werden. Neben Schulneubauten werden wir uns auch für die nachhaltige Erweiterung und Renovierung bestehender Grundschulstandorte einsetzen.

Die Bielefelder Realschulen haben über viele Jahre nicht die „Pflege“ erhalten, die ihnen aufgrund ihrer Anmeldezahlen und ihrer herausragenden Arbeit zugestanden hätte. Unsere zahlreichen Schulbesichtigungen zeigen, dass erheblicher Nachholbedarf an Schulgebäuden und der schulischen Ausstattung besteht. Wir werden ein „Realschul-Sofortprogramm“ auflegen, um kurzfristig erhebliche und mittelfristig alle Mängel zu beheben. Eine Task Force soll die notwendigen finanziellen Mittel akquirieren und notwendige Verwaltungsentscheidungen beschleunigen.

Die zu erwartenden Anmeldezahlen an unseren Bielefelder Gymnasien werden zu erheblichen räumlichen Engpässen an den Schulen führen. Uns ist bewusst, dass der Neubau eines benötigten Gymnasiums vom Errichtungsbeschluss bis zur Einweihung vier bis sechs Jahre in Anspruch nimmt. Da diese Zeit fehlt, werden wir in der Übergangszeit an den bestehenden Gymnasien mit den Schulleitungen und den Elternvertretern Erweiterungen planen, um der wachsenden Schülerzahl angemessene Voraussetzungen zu bieten.

Bündnis 90 / Die Grünen – Stadtverband Bielefeld

Die Stadt saniert fortlaufend Schulen, erweitert sie bedarfsgerecht und baut auch neue (erst gerade Beschluss für drei neue Grundschulen, die Pläne für den Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule stehen und auch die für die Hellingskampschule). Mit der Paprika-Koalition haben wir u.a. die OGS ausgebaut und gestärkt mit zusätzlich jährlich 2,5 Mio. Für den Ausbau und die Weiterentwicklung der OGS wurde eine Prioritätenliste entwickelt, bei der Parameter wie Gemeinsames Lernen, bildungsrelevante soziale Belastung und natürlich bauliche Faktoren eine Rolle spielten.

Für den Schulausbau und die Schulsanierung setzt die Stadt Eigenmittel, die Bildungspauschale, Mittel aus dem INSEK (Integriertes Stadtentwicklungskonzept) und dem Kommunalinvestitionsfördergesetz ein. Auch mit Geldern aus dem Programm „Gute Schule 2020“ der rot-grünen Vorgängerregierung zahlt Bielefeld Investitionen in die Digitalisierung sowie Sanierung von Schulen (z.B. iPad-Koffer, Almsporthalle....). Derzeit setzt Bielefeld für die Digitalisierung von Schulen vor allem Gelder aus dem Digitalpakt NRW ein. Der Stadtrat hat im Juni den Auftrag für mehr als 3 Mio. € zur Leitungsanbindung von noch 34 verbliebenen Schulen mit symmetrisch 1 Gbit/s sowie deren Inhouseverkabelung vergeben sowie für einen Internet-Service (für die Dauer von 36 Monaten). Diese Mittel aus dem Digitalpakt brauchten drei Jahre bis sie von den Kommunen abrufbar waren. Auf den letzten Metern wurde vor allem auf Betreiben der CDU der Support herausgenommen. Auch die Nachhaltigkeit und

Folgeprogramme sind bis heute ungeklärt. Es ist also klar, dass es Folgeprogramme geben muss, die die Digitalisierung weiter vorantreiben und sichern – und zwar mit der Lösung der Supportfrage.

Auch wenn Bielefeld Jahr um Jahr viel Geld in Bildung investiert, Schulen ausbaut, saniert und digitalisiert – es ist nicht genug und es geht nicht schnell genug. Sicher ist, dass die Investitionen in Schule steigen werden. Denn weil es mehr Schüler*innen gibt, brauchen wir zu elf Grundschülerweiterungen und drei neue Grundschulen und auch neue Schulplätze in der Sek. I. Für die nächsten fünf Jahre stehen Investitionen im dreistelligen Millionenbereich für Schule- und Bildung an. Daher ist es gut, dass wir mit der Paprika-Koalition/Kooperation den Haushalt saniert haben und die Stadt Bielefeld diese wichtigen Aufgaben wieder gewachsen ist.

Die Linke – Stadtverband Bielefeld

Jeder Schulneubau sowie Neugestaltung und Ergänzung bestehender Schulgebäude muss sich an den Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion orientieren. Kinder brauchen Sonne, Luft und Freiraum für Bewegung, Kommunikation und Gestaltung in der gesamten Schule. Sie brauchen multifunktionale Räume ausgestattet mit vielfältigen Materialien, so dass das Lernen an ihren Bedürfnissen ausgerichtet werden kann. Es muss Räume geben für kleinere und größere Lerngruppen, für Recherche, Forschung und Übung in Einzelarbeit, für die Arbeit an Projekten und Werkstücken sowie für Präsentationen auf einer Bühne für die ganze Schulgemeinschaft. Dazu kommen moderne und gut ausgestattete Sporthallen und zusätzliche Räume im Rahmen der Inklusion. Auch für die interkulturelle Öffnung sind weitere Begegnungs- und Beratungsräume nötig. Die digitale Infrastruktur muss auf den modernsten Stand ausgebaut werden.

FDP – Stadtverband Bielefeld

Die räumliche Ausstattung ist Hauptverantwortlichkeit der kommunalen Schulpolitik. Enge und verkommene Gebäude bieten schlechte Lernbedingungen und wirken sich nachteilig auf den Schulerfolg aus. Daher müssen wir die Raumnot an unseren Schulen beenden. Bielefeld braucht ein neues Schulbau- und Schulsanierungsprogramm. Wir planen ein 250 Mio. € Programm zur Investition in Räume und Ausstattung. Auch die Mittel aus dem Programm Gute Schule 2020 wollen wir nicht in eine Schule geben, sondern zur Verbesserung der Bedingungen aller Schulen investieren. Investitionen in Bildung sind der beste sofortige Stimulus für Handwerk und unsere Wirtschaft und stärken unseren Standort langfristig.

Wir wollen, dass unsere Schülerinnen und Schüler lernen, sich sicher und kompetent in der digitalisierten Welt zu bewegen. Dies ist nur möglich, wenn auch in Schulen mit digitalen Endgeräten professionell gearbeitet wird. Die Ausstattung unserer Schulen müssen wir dafür ins 21. Jahrhundert bringen. Wir werden alle Schülerinnen und Schüler mit dem Eintritt in die weiterführende Schule mit einem digitalen Endgerät ausstatten, das den Anforderungen der Schule entspricht. Mit den Mitteln aus dem Digitalpakt werden wir unsere Schulen flächendeckend mit digitalen Weißwandtafeln (Whiteboards) ausrüsten. Wir wollen zudem insbesondere die Lehr- und Lernmittel-ausstattung in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik auf einen modernen Stand bringen und uns dabei aktiv um

private Sponsoren bemühen. Bring-your-own-device Konzepte sind dabei geeignet einzubinden.

Kreis Gütersloh

Thomas Tappe (CDU), Bürgermeisterkandidat Halle

Die Schulen vor Ort sind in einem baulich guten Zustand. Zudem ist der Neubau einer Grundschule beschlossen. Es müssen zukünftig genügend Haushaltsmittel eingeplant werden, um diesen guten Zustand zu erhalten.

Weiterhin ist ein Medienentwicklungsplan für die Stadt bzw. ein Medienentwicklungskonzept für jede Schule aufzustellen. Anhand dieses Planes bzw. anhand der Konzepte kann die notwendige digitale Ausstattung der Schulen ermittelt werden. Zudem ist darin eine Finanzplanung enthalten, die die bedarfsgerechte Zurverfügungstellung von Finanzmitteln ausweist.

Anteilig können dafür zurzeit Fördermittel aus dem Förderpaket „Digitalpakt Schule“ beantragt werden. Es werden jedoch auch eigene, kommunale Finanzmittel nötig sein.

Michael Meyer-Hermann (CDU), Bürgermeisterkandidat Versmold

Die Stadt Versmold hat in den letzten sechs Jahren rund 4,7 Mio. Euro für die Sanierung und Investitionen in die städtischen Schulgebäude verausgabt. Dabei sind die Fördermöglichkeiten aus den Programmen des Landes und Bundes wie Kommunalinvestitionsförderprogramm oder „Gute Schule 2020“ umfassend genutzt worden. Weitere Investitionen z.B. in die Ertüchtigung der Grundschule Peckeloh oder eine umfassende Sanierung bzw. Neubau der Grundschule Bockhorst sind für die kommenden Jahre geplant.

Auch in die Digitalisierung der städtischen Grundschulen ist bereits umfassend investiert worden. Auf Basis eines einheitlichen Ausstattungskonzepts sind alle Klassenräume mit Präsentationstechnik und WLAN-Netzwerken ausgerüstet worden. Eine zunächst 1:5 und aktuell 1:3-Ausstattung mit iPads ist umgesetzt worden. Bis zu den Herbstferien werden weitere mobile Endgeräte beschafft, sodass dann die angesprochene 1:1-Ausstattung realisiert ist. Zudem werden die Schulen mit Lernmanagementsystemen (LogineoNRW bzw. iServ) ausgestattet und jede Schule erhält ein festes Budget für die Beschaffung der notwendigen Lern-Apps.

In Abstimmung mit dem CJD als Schulträger der weiterführenden Schulen in Versmold befindet sich zudem ein Medienentwicklungsplan für die ganze Stadt in Erarbeitung.

Hubert Erichlandwehr (CDU), Bürgermeisterkandidat Schloß Holte-Stuckenbrock

Die Bildungseinrichtungen in unserer Stadt sind in den letzten Jahren stets gut instandgehalten worden. Notwendige Renovierungsarbeiten und erforderliche Erweiterungsbauten wurden durchgeführt bzw. hergestellt. Gerade aktuell werden nahezu 16. Millionen Euro in die Erweiterung und die Sanierung des Gesamtschulgebäudes am

Hallenbad investiert. Zudem wurden neue Räume für OGS in allen Stadtteilen geschaffen, und dabei auch die digitale Infrastruktur ausgebaut und optimiert. Bessere Präsentationsflächen und die Anschaffung entsprechender Ausstattung für die Gebäude der Grund- und weiterführenden Schulen sowie die Einrichtung von WLAN in den Schulgebäuden sind umgesetzt oder kurz vor der Umsetzung. Weiter Schritte stehen bevor. Trotzdem sind große Anstrengungen auch in Zukunft erforderlich. Die digitale Infrastruktur muss in allen Schulen weiter verbessert werden. Der sehr gute Medienentwicklungsplan der Schulen wird in unserer Stadt nach einer erforderlichen, kurzfristigen Aktualisierung zügig umgesetzt. Entsprechende Haushaltsmittel werden bereitgestellt.

Sven-Georg Adenauer (CDU), Landratskandidat Kreis Gütersloh

Für die kommenden 12 Jahre hat der Kreis Gütersloh ein Finanzvolumen von 32 Mio. € im Wesentlichen für die baulich-energetische Sanierung der Berufskollegs in Wiedenbrück und Gütersloh und der Michaelisschule aufgelegt. Daneben wird gerade die Sanierung und der Ausbau eines naturwissenschaftlichen Zentrums am Berufskollegzentrum Wiedenbrück geplant und im kommenden Sommer baulich umgesetzt. Diese Maßnahme wird zu 50 % durch EU-Fördermittel und zu 50% durch den Kreis Gütersloh finanziert. Die Mosaikschule am Standort Halle wird baulich erweitert, so dass die Bereiche des offenen und des gebundenen Ganztages wie Mensa und Aufenthaltsbereiche ausgelagert werden können und wieder mehr Räume für Unterricht zur Verfügung stehen. An der Erich Kästner-Schule wird der Bereich des offenen Ganztages baulich erweitert, so dass eine zusätzliche Gruppe aufgenommen werden kann. Das Lehrschwimmbecken an der Michaelisschule wird aufwändig saniert, so dass es wieder dem Stand der Technik entspricht. Das Lehrschwimmbecken ist für die Kinder mit einem Unterstützungsbedarf im Bereich der geistigen Entwicklung zur Nutzung in der Lerngruppe aber auch zur Einzelförderung ein ganz besonderer Gewinn.

Inzwischen sind 12 der insgesamt 20 Schulstandorte mit einem flächendeckenden W-LAN aus dem Programm „Gute Schule 2020“ ausgestattet. Alle anderen Schulstandorte werden im Rahmen des Programms „Digitalpakt Schule“ mit der IT-Infrastruktur ausgestattet. Die Breitbandanbindung ist für einige Schulen schon erfolgt, für alle Standorte sind inzwischen Förderanträge gestellt bzw. eigenwirtschaftliche Lösungen gefunden worden oder mindestens in der Prüfungs- bzw. Angebotsphase, so dass wahrscheinlich in 2021 der Breitbandanschluss überall erfolgen kann.

Gitte Trostmann (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Gütersloh

Wir haben in Gütersloh bereits vor einiger Zeit begonnen, die Raum- und Sanierungsbedarfe an den Grundschulen zu erfassen, um dann die Planungen vornehmen zu können und nach Dringlichkeit umzusetzen. Leider ist dies bisher ein langwieriger Prozess. Auch in den Oberstufen und im OGS-Bereich stehen zu wenige Räumlichkeiten zur Verfügung. Da muss sich dringend ändern.

Auch bei der digitalen Ausstattung haben wir schon einiges geschafft. Alle Schulen sind ans Glasfasernetz angeschlossen. Im Moment erfolgt nach und nach die Ausstattung mit Endgeräten und Tafeln. Gütersloh ist hier auf einem guten Weg, denn wir haben schon mit

der Ausstattung der Schulen begonnen, bevor Bundesmittel zugesichert worden sind. Allerdings gibt es beim Support noch Verbesserungsbedarf, den wir angehen wollen.

Henning Schulz (CDU), Bürgermeisterkandidat Gütersloh

Ich unterstütze ausdrücklich, dass die Stadt Gütersloh bereits 7 Mio Euro (davon 2,8 Mio aus dem Digitalpakt) in die digitale Infrastruktur und Ausstattung der Schulen (alle Schulen verfügen bereits über Gigabit Glasfaseranschlüsse, WLAN wird Ende 2020 an allen Schulen flächendeckend verfügbar sein, Konzepte für die Ausstattung aller SuS mit digitalen Endgeräten sind einvernehmlich zwischen Schulen und Schulträger abgestimmt und 5.500 Ipad's angeschafft, 370 „grüne“ Tafeln wurden bereits durch digitale Legamaster-Displays ausgestattet, ein Mobile Device Management sowie ein umfassender Support sowie Fortbildungsangebote wurden eingerichtet, die Entscheidung, welche Lernplattform angeschafft wird steht kurz vor dem Abschluss) investiert hat. In den letzten 5 Jahren wurden die Investitionssumme im Haushalt nahezu verdreifacht und die Investitionen in Bildung stellen nach wie vor den größten Einzelposten der Investitionen dar. Bildungsneubauten wurden immer auf Basis von Architektenwettbewerben umgesetzt und weisen durchweg eine vorbildliche Qualität auf.

Die in den kommenden Jahren anstehenden Bildungsneubauten im Bereich aller 17 Grundschulen sowie im Zuge der Einführung von G9 möchte ich in einer nachhaltigen und hochqualitative Massivholzmodulbauweise umsetzen, und dem wachsenden Raumbedarf – auch durch die Themen der Integration und Inklusion – zeitlich gerecht zu werden, und auch pädagogisch sinnvolle Raumszenarien (Clusterflächen) zu schaffen. Hierzu werde ich mich dafür einsetzen, dass die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden.

Michael Esken (CDU), Bürgermeisterkandidat Verl

Durch einen engen Austausch zwischen Schulen und Verwaltung sowie der Kommunalpolitik sind die Bildungseinrichtungen in Verl bereits baulich in einem sehr guten Zustand. Nachdem sämtliche Grundschulen sukzessive saniert und auf den neuesten Stand der Technik gebracht worden sind, das Gymnasium bereits vor ein paar Jahren komplett umgebaut wurde, steht jetzt eine umfangreiche Bautätigkeit im Bereich der Gesamtschule an. Die Schulen vor Ort sollen einen hohen Standard haben. Die zur Verfügung gestellten Gelder des Digitalpaktes werden von der Stadt Verl abgerufen. Zusätzlich soll auch demnächst im Bereich des IT-Supports eine weitere Unterstützung hier vor Ort erfolgen.

Ferner gilt: Bund und Land haben umfangreiche Maßnahmen und Programme beschlossen, die eine Verbesserung der Bildungseinrichtungen in digitaler und baulicher Hinsicht gegenwärtig wie zukünftig bewirken.

Im Jahr 2020 werden ca. 683 Millionen Euro durch die Schulpauschale zur Verfügung gestellt. Diese Mittel können neben der Digitalisierung der Schulen auch für Instandsetzungen von Schulgebäuden eingesetzt werden (u.a. Neu-, Um- und Erweiterungsbau, der Erwerb, die Modernisierung und für raumbildende Ausbauten sowie für die Einrichtung und Ausstattung von Schulgebäuden und kommunalen Kindertageseinrichtungen). Hier sind die Schulträger in

ihrer Eigenverantwortung gefragt, die bereitgestellten Mittel zielgerichtet, und damit auch für die notwendige Digitalisierung in den Schulen einzusetzen.

Zusätzlich werden aus dem Programm „Gute Schule 2020“ in den Jahren 2017 bis 2020 2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, die sowohl für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen auf kommunalen Schulgeländen und den räumlich dazugehörigen Schulsportanlagen in Nordrhein-Westfalen als auch für Investitionen in die digitale Infrastruktur sowie die Ausstattung der Schulen genutzt werden können.

Zudem bietet das Kommunalinvestitionsfördergesetz (KInvFG) des Bundes Fördermöglichkeiten für Investitionen mit den Schwerpunkten „Infrastruktur“ und „Bildungsinfrastruktur“ in Nordrhein-Westfalen mit rund 1,1 Mrd. Euro.

Mit der am 29. Juli 2020 verabschiedeten Förderrichtlinie für dienstliche Endgeräte für Lehrkräfte des BSM wird die Finanzierung i. H. v. 103 Mio. Euro sichergestellt. Die Schulträger können die Mittel ab sofort beantragen.

Der DigitalPakt des Bundes enthält zusätzliche Mittel i. H. v. 500 Mio. Euro für die Bereitstellung für mobile Endgeräte sowie zur Erstellung von Online-Lehrangeboten. Auf das Land Nordrhein-Westfalen entfallen rund 105 Millionen Euro. Nordrhein-Westfalen wird die Bundesmittel um 55 Millionen Euro aufstocken, die Kommunen leisten einen Eigenanteil von 17,8 Millionen Euro, sodass insgesamt 178 Millionen Euro bereitstehen. Die Förderrichtlinie zum Sofortausstattungsprogramm wurde am 21. Juli 2020 veröffentlicht. Auch hier können die Schulträger die Mittel beantragen.

Pamela Westmeyer (CDU), Bürgermeisterkandidatin Harsewinkel

Durch zweistellige millionenschwere Investitionen in den vergangenen Jahren sind das Gymnasium und die Gesamtschule heute baulich top ausgestattet. Das soll auch so bleiben. Hier hilft uns auch die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes Raumbedarfe im Blick zu behalten.

Um an unseren Grundschulen die Gebäude „in Schuss“ zu halten, werden seit Jahren beständig Sanierungsmaßnahmen (auch energetischer Art !) an allen Schulen vorgenommen– auch unter Ausnutzung von Förderprogrammen des Bundes und des Landes NRW – wie z.B. aktuell die Dachsanierung der Johannesschule Greffen über das Programm „Gute Schule 2020“. Auch das soll so weitergeführt werden.

Die digitale Infrastruktur an unseren weiterführenden Schulen ist bereits heute im interkommunalen Vergleich schon gut bis sehr gut. Zum weiteren Ausbau der Digitalisierung unserer Schulen - insbesondere auch der Grundschulen - nutzen wir unseren bereits vor Jahren aufgestellten und ständig fortgeschriebenen Medienentwicklungsplan, sowie den „Digitalpakt NRW“ als Förderprogramm des Bundes und der Länder. Insgesamt sind hier Maßnahmen im Volumen von 1.182.701 EUR beantragt und weitestgehend auch schon bewilligt. An allen Schulen werden Investitionen in digitale Infrastruktur, digitale Arbeitsgeräte, schulgebundene mobile Endgeräte und regionale Maßnahmen (Erneuerung der Serversysteme einzelner Schulen) erfolgen. Zudem wird ein digitales Messwerteerfassungssystem für den Mint-Unterricht angeschafft.

In der Fördersumme sind 132.000 EUR für die Anschaffung von Lehrer/innen-Geräten enthalten. Beantragt sind die Mittel, die Bewilligung steht noch aus.

Kreis Herford

Herbert Even (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Herford

Durch die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel zur regelmäßigen Instandhaltung, Sanierung, Erneuerung und Modernisierung von Kita- und Schulgebäuden sowie ihrer räumlichen und technischen Ausstattung. Insbesondere die Digitalisierung erfordert erhebliche zusätzliche Mittel für Investitionen in Hard- und Software sowie für Support-Personal; hierfür erwarten wir eine konnexitätsgerechte Gegenfinanzierung durch entsprechende Mittel des Bundes und des Landes NRW (Digitalpakt). Entsprechende Beschlüsse zu einer örtlichen Medienentwicklungsplanung 2020 – 2024, einer zusätzlichen Beschaffung von Endgeräten und einer Kommunikationsplattform sowie zur Einstellung von Support-Personal wurden bzw. werden in Kürze gefasst. Es bleibt abzuwarten, ob diese Beschlüsse ausreichend sind oder ob.

Rüdiger Bockhorst (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Kirchlingern

Corona hat vorhandene Probleme im Bildungssektor – wie in vielen anderen Bereichen auch – schärfer und deutlicher hervorgehoben: Noch immer entscheidet die soziale Herkunft maßgeblich über die Bildungschancen unserer Kinder!

Hier bedarf es eines gebührenfreien Zugangs zu Bildungsangeboten von der KiTa bis hin zur Weiterbildung.

Auch muss gerade in Zeiten der Coronapandemie aber auch darüber hinaus sichergestellt werden, dass alle Kinder und Jugendlichen Zugang zum „Lernen auf Distanz“ haben, auch Kinder und Jugendlichen an sogenannten Brennpunktschulen und aus sozial schwächeren und bildungsferneren Familien.

Die Linke – Kreisverband Herford

Der schlechte bauliche Zustand vieler Schulgebäude, mangelnde Barrierefreiheit und fehlendes schnelles Internet sind bereits seit Langem Thema. DIE LINKE betrachtet die Sanierung und den Ausbau von Schulgebäuden und ihre Versorgung mit schnellem Internet als absolute Priorität. Hier müssen kommunale Baumaßnahmen grundsätzlich beginnen. Prestigeprojekte von Bürgermeister*innen sind dafür hintanzustellen. Zur Finanzierung müssen grundsätzlich alle infrage kommenden Fördermittel abgerufen werden. Darüber hinaus fordert DIE LINKE aber auch eine Gemeindefinanzreform, die sicherstellt, dass ein größerer Anteil des Gesamtsteueraufkommens vor Ort bleibt und Bund und Land auch für Aufgaben bezahlen, die sie den Kommunen und Kreisen zuweisen. Ebenso setzen wir uns für einen kommunalen Altschuldenfonds ein.

Dorothee Schuster (CDU), Kandidatin zur Landrätin Kreis Herford

Grundlage für einen funktionierenden, digital unterstützten, Unterricht ist funktionierende Technik. Hier ist die Grundlage nicht nur die Beschaffung von Endgeräten und Bereitstellung von Diensten, sondern gerade auch die Wartung für einen reibungslosen Betrieb. Hier werde ich sowohl die technischen, als auch organisatorischen Rahmenbedingungen schaffen.

Kreis Lippe

Dr. Volker Brand (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Oerlinghausen

Auch die Schulen in Bad Oeynhausen müssen über Förderprojekte wie Gute Schule 2020 massiv baulich erneuert werden. Da viel Schulen leider von der Bausubstanz sehr alt sind, muss sichergestellt werden, dass dieser Modernisierungsprozess zur Chefsache wird. Völlig unverständlich ist, dass der Breitband- und Glasfaserausbau seit Jahren trotz zahlreicher Versprechen so zögerlich vorankommt.

Martin Hoffmann (SPD), Bürgermeisterkandidat Leopoldshöhe

Leopoldshöhe kann stolz auf seine Schulen sein. Das liegt insbesondere am starken Einsatz der SPD, die dieses Thema in den vergangenen Jahrzehnten mit großem Einsatz vorangetrieben hat. In Leopoldshöhe befinden sich zwei Grundschulen und eine Gesamtschule. An allen Schulen wird kontinuierlich investiert. Die Gesamtschule wird derzeit zu einem Bildungscampus weiterentwickelt. Dazu werden ca. 8 Mio. Euro aufgewendet, um die Attraktivität weiter zu steigern. Eine Öffnung des Schulgebäudes für Vereine und Institutionen wird dazu beitragen, das kulturelle Kapital der Gemeinde Leopoldshöhe weiter zu steigern.

Finanzielle Mittel, um diese Vorhaben anzugehen, stammen zum Teil aus Förderprogrammen des Landes. Diese Mittel zu akquirieren und sinnvoll einzusetzen ist eine Herausforderung für die Zukunft.

Julia Eisentraut (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Oerlinghausen

Wir sind in der guten Situation, dass einige unserer Schulstandorte bereits in der Sanierung sind und der Medienentwicklungsplan erst vor kurzem beschlossen wurde. Im Medienentwicklungsplan muss noch eine 1:1 Ausstattung von Geräten zu Schüler:innen ab einer gewissen Altersstufe statt wie jetzt 5:1 bis 3:1 an den weiterführenden Schulen verankert werden. Dafür habe ich mich bereits im letzten Jahr eingesetzt, jetzt ist auch die Einsicht vonseiten der anderen Parteien und der Verwaltung da, dass kein Weg an eigenen Geräten für Schüler:innen vorbeiführt. Für die Sanierung der Schulen auch Schulden aufzunehmen, um den Sanierungsstau endlich aufzulösen, ist für die meisten Parteien akzeptabel, da hier die Sanierung bereits einige Jahre aufgeschoben wurde.

Dr. Katharina Kleine Vennekate (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Lemgo

Durch die **Bereitstellung ausreichender Finanzmittel** zur regelmäßigen Instandhaltung, Sanierung, Erneuerung und Modernisierung von Kita- und Schulgebäuden sowie ihrer räumlichen und technischen Ausstattung. Insbesondere die Digitalisierung erfordert erhebliche zusätzliche Mittel für Investitionen in Hard- und Software sowie für Support-Personal; hierfür erwarten wir eine **konnexitätsgerechte Gegenfinanzierung** durch entsprechende Mittel des Bundes und des Landes NRW (Digitalpakt). Das rot-grüne Programm „Gute Schule 2020“ hatte als Auftakt die Schulträger in ihren Aufgaben mit 2 Mrd. € unterstützt. Dieser erste Impuls wird und wurde vor Ort sinnvoll umgesetzt. Dennoch

bestehen bundesweite Sanierungsstaus. Es wird sich zeigen, ob der spät verabschiedete Digitalpakt ausreicht.

Dringend nötig wird aber vor allem ein **ausreichender Support** an den Schulen sein, darauf weisen uns alle Schulleitungen schon heute hin. Hier hat das Land seine Hausaufgaben noch nicht gemacht. Die Nachhaltigkeit und Folgeprogramme sind bis heute ungeklärt, das erfahren wir bei Anfragen in Stadt und Kreis.

Für uns Grüne ist es vor Ort in Lemgo wichtig, dass die **städtischen Schulen nicht weiter hinter die privaten Anbieter zurückfallen**. Sie brauchen sehr gute, nicht nur ausreichende Lernbedingungen. Hier wünsche ich mir als Kommune vom Land NRW mehr Unterstützung beim Schutz der Belange der Schulen in öffentlicher Trägerschaft. In Lemgo wurden unter dem CDU-Bürgermeister zusammen mit der SPD eine städtische Grundschule privatisiert und der Schulbetrieb an konfessionellen Schulen ausgeweitet, so dass derzeit ca. 1/3 der Grundschüler*innen konfessionelle private und Ersatzschulen besuchen. In Lemgo werden aktuell Mittel vor allem am Schulzentrum Heldmanskamp und seitens des Kreises an der Förderschule Astrid-Lindgren-Schule eingesetzt. Dies ist wichtig, aber dennoch bleibt viel zu tun. Der Ganztag an der Grundschule Kampstraße ist jetzt schon zu klein geplant, und die Umsetzung des Gemeinsamen Lernens braucht viel mehr Aufmerksamkeit seitens aller Verantwortlichen.

Julian Koch (SPD), Bürgermeisterkandidat Schlangen

Lernen funktioniert am besten in angenehmen Räumen. In den letzten Jahren hat die Gemeinde Schlangen viel Geld in die Grundschulen investiert, um die Gebäude zu modernisieren. Außerdem wurden mit den Mitteln aus dem „Digital Pakt“ sowie von „Gute Schule 2020“ die Digitalisierung der Grundschulen in Schlangen vorangetrieben. Konkret bedeutet dies flächendeckendes WLAN, neue Schulserver und knapp 150 Tablets. Für die Zukunft werde ich als Bürgermeister weiter in die Schulgebäude investieren. Priorität haben dabei die Sporthallen. Damit die Schülerinnen und Schüler jederzeit Zugriff auf digitale Medien haben, wird die Gemeinde Schlangen die regelmäßige Wartung und Erneuerung der Technik übernehmen. Außerdem will ich als Bürgermeister das Breitband-Internet in den Grundschulen ausbauen. Um die Finanzierung der Investitionen zu gewährleisten, werde ich für alle Punkte kontinuierlich Fördergelder nach Schlangen holen.

Robin Wagner (Bündnis 90 / Die Grünen), Landratskandidat Kreis Lippe

Auch hier wirkt Corona als Lupe auf bereits bekannte Probleme. Viel zu lange wurde kommunale Infrastruktur als variable Größe betrachtet. Hier beweist sich aber die Handlungsfähigkeit und Funktionsfähigkeit des Staates – bei benutzbaren Schultoiletten, geöffneten Schwimmbädern und ausreichend Entfaltungsmöglichkeiten in Schulen und Kitas. Mir ist diese Infrastruktur wichtig. Mir ist die Digitalisierung der Einrichtungen wichtig. Ich setze mich im Land für die notwendigen Förderprogramme ein, aber werde auch die notwendigen kommunalen Mittel im Haushalt für eine gute Bildungsinfrastruktur bereitstellen. Jenseits des eigenen Zuständigkeitsbereiches des Kreises als Schulträger werde ich die Städte und Gemeinden bei der Umsetzung der Digitalisierung mit organisatorischer und fachlicher Beratung unterstützen.

Arne Brandt (SPD), Bürgermeisterkandidat Lemgo

Ein aktueller Schulentwicklungsplan, der alle Facetten, alle Stärken und Schwächen - also alle anstehenden Aufgaben auf den verschiedenen Handlungsfeldern wie bauliche Bedürfnisse und eine angemessene Ausstattung - klar identifiziert, zeigt uns den Fahrplan auf, den wir dann zeitnah Schritt für Schritt umsetzen wollen.

Dabei hilft, dass ich mich persönlich für ein leistungsfähiges Internet in jedem Winkel Lemgos stark mache.

Frank Hilker (SPD), Bürgermeisterkandidat Detmold

Detmold investiert in den Jahren 2020 und 2021 insgesamt 17 Millionen in seine Schulen. Auch in den vergangenen Jahren haben im Schnitt über 6 Mio. € jährlich dafür gesorgt, Detmolds Schulen zukunftsfähig aufzustellen.

Die im vergangenen Jahr aufgestellte Schulentwicklungsplanung stellt sicher, dass nach einer Prioritätenliste weitere nachhaltige Investitionen in die räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen in Detmold erfolgen. In diesem Zusammenhang warten die Kommunen immer noch auf die Umsetzung der Zusage von Bund und Land, dass zur Sicherstellung des Rechtsanspruches auf einen OGS-Platz ab 2020 jährlich 1 Milliarde € den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Ein Medienentwicklungsplan, der aufgrund der rasanten technischen Entwicklung künftig jährlich fortgeschrieben wird, sorgt für eine kontinuierliche digitale Entwicklung in Detmolds Schulen.

Nachdem nach 3 Jahren Diskussionen zwischen Bund und Ländern der Digital-Pakt -in NRW im Gegensatz zu anderen Bundesländern mit einem kommunalen Eigenanteil- umgesetzt wird, ist in Detmold aus diesem und aus dem Sofortausstattungsprogramm eine beträchtliche Zahl von digitalen Endgeräten bestellt, die nicht nur die technische Ausstattung noch einmal deutlich verbessern, sondern auch Bildungsgerechtigkeit für soziale benachteiligte Schüler*innen deutlich erhöhen.

Kreis Minden-Lübbecke

Henning Bökamp (FDP), Bürgermeisterkandidat Bad Oeynhausen

In NORDRHEIN-WESTFALEN mit seinen 5500 Schulen und rund 2,5 Millionen Schülern sollen alle Lehrkräfte und alle bedürftigen Schüler Laptops oder Tablets aus umfangreichen Mitteln von Bund, Land und Kommunen finanziert bekommen. Die Landesregierung sieht Investitionen in Höhe von rund 350 Millionen Euro für das Lehren und Lernen mit digitalen Medien vor. NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) nennt es "die größte digitale Ausstattungsoffensive für Schulen, die es je in Nordrhein-Westfalen gegeben hat". Die Geräte sollen so schnell wie möglich zur Verfügung zu stehen. Es könne jedoch nicht sichergestellt werden, dass alle schon nach den Sommerferien bei allen Schülern und Lehrern vorhanden seien. Das Förderprogramm laufe bis zum Jahresende.

Die Landesregierung hat hier die Zielmarke vorgegeben. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang für schnelle und reibungslose Anträge und Abläufe ein, so dass die Gelder zeitnah fließen können und die Endgeräte bei den Schulen und Schülerinnen und Schülern ankommen. Gleiches gilt für die digitalen Infrastrukturen an den Schulen, die es zu erweitern gilt.

Um dies effizienter zu gestalten braucht es ein digitales und bauliches Bildungskonzept der Kommune, das alle Bildungseinrichtungen im Blick hat.

Die Linke – Kreisverband Minden-Lübbecke

Der schlechte bauliche Zustand vieler Schulgebäude, mangelnde Barrierefreiheit und fehlendes schnelles Internet sind bereits seit Langem Thema. DIE LINKE betrachtet die Sanierung und den Ausbau von Schulgebäuden und ihre Versorgung mit schnellem Internet als absolute Priorität, auch deshalb, um die Attraktivität der ländlicheren Regionen zu erhalten bzw. zu steigern. Hier müssen kommunale Baumaßnahmen grundsätzlich beginnen. Prestigeprojekte von Bürgermeister*innen sind dafür hinten anzustellen, wie zum Beispiel die Multihalle in Minden und den dafür zugelassenen Verfall der alten Kampa-Halle, welche auch zum Schulsport genutzt wurde. Zur Finanzierung müssen grundsätzlich alle infrage kommenden Fördermittel abgerufen werden. Darüber hinaus fordert DIE LINKE aber auch eine Gemeindefinanzreform, die sicherstellt, dass ein größerer Anteil des Gesamtsteueraufkommens vor Ort bleibt und Bund und Land auch für Aufgaben bezahlen, die sie den Kommunen und Kreisen zuweisen. Ebenso setzen wir uns für einen kommunalen Altschuldenfonds ein.

Kreis Paderborn

Alina Wolf (Die Linke), Kandidatin zur Landrätin Paderborn

Die CDU-FDP-Landesregierung versagt dabei die Kommunen zu entschulden um mehr Bildungsinvestitionen möglich zu machen. Der Kreis Paderborn muss gerade in der Krise stärker investieren. Es braucht einen Gesamtplan für die Digitalisierung der Grundschulen und Berufskollegs. Der Umbau von Schulgebäuden zu modernen Bildungseinrichtungen muss in einem Aktionsplan festgeschrieben werden. Die Schulen brauchen offene Lernräume mit digitalen Lernmöglichkeiten und endlich eigene Arbeitsräume für Lehrkräfte. Wir machen Druck im Kreistag und auf die Landesregierung, damit nicht nur Wirtschaftsinteressen überwiegen.

Ute Dülfer, Bürgermeisterkandidatin Lichtenau (unterstützt von SPD und FDP)

Unsere Bildungseinrichtungen in Lichtenau sind oder werden in naher Zukunft bereits saniert oder neu gebaut. Hierzu zählen vor allem der Klimacampus mit der Realschule Plus (in der Komplett-Sanierung), die GS Altenau (Sanierung der WC-Anlagen) die GS Kilian (Planungen für eine Sanierung/Neubau laufen), Neubau einer Kita in Atteln (in Planung), Neubau einer Kita in Lichtenau (in Planung), Erweiterung der Kita in Herbram (wird gerade geprüft).

Wir sollten darauf achten, dass die Gebäude baulich gut aufgestellt sind. Dadurch wird die Lernfreude und die Akzeptanz der Kinder und Jugendlichen wesentlich gesteigert.

Bei der Stadt Lichtenau ist jüngst ein Medien- und Digitalisierungskonzept für Schulen der Stadt Lichtenau verabschiedet worden. Es sieht unter anderem folgende Punkte vor:

- Netzwerkinfrastruktur in allen Räumen der Schule
- Aufwertung der Klassen- und Fachräume für medialen Unterricht
- Möglichkeiten zu Recherchen außerhalb der Unterrichtsräume
- Schaffung von Lehrerarbeitsplätzen
- mobile Ausstattung pro Jahrgang
- flexible Nutzbarkeit für alle Schülerinnen und Schüler
- Ausleihen der Endgeräte im Bedarfsfall
- Ausstattung jedes Lehrers/ jeder Lehrerin mit einem digitalen Endgerät

Sollte man feststellen, dass die Endgeräte nicht ausreichen, kann hier nachjustiert werden.

Elke Süsselbeck (Die Linke), Bürgermeisterkandidatin Paderborn

Die CDU-FDP-Landesregierung versagt dabei die Kommunen zu entschulden um mehr Bildungsinvestitionen möglich zu machen. Trotzdem muss Paderborn gerade in der Krise stärker investieren. Die Paderborner Lernstatt leistet tolle Arbeit - aber es braucht einen neuen Gesamtplan für die Digitalisierung der städtischen Bildungseinrichtungen. Der Umbau von Schulgebäuden zu modernen Bildungseinrichtungen muss in einem Aktionsplan festgeschrieben werden. Gerade Paderborn als digitale Modellstadt hinkt den Bedürfnissen von Kinder, Jugendlichen und Lehrkräften hinterher. Bisher stand bei der Paderborner Lernstatt mehr die Ausstattung der Schule und der Lehrer*innen im Vordergrund. Durch Corona ist deutlich geworden, dass die Ausstattung der Schüler*innen und ihre Schulung in Angriff genommen werden muss. Die Schulen brauchen offene Lernräume mit digitalen Lernmöglichkeiten und endlich eigene Arbeitsräume für Lehrkräfte. Wir machen Druck im Rat und auf die Landesregierung, damit nicht nur Wirtschaftsinteressen überwiegen.

Digitalisierung

Aktuell können alle Schulträger Gelder des Landes beantragen, um digitale Endgeräte für Lehrer*innen und auch für Schüler*innen anzuschaffen. Gerade die Lehrkräfte benötigen in Zeiten des Distanzlernens und auch darüber hinaus dringend dienstliche Endgeräte. Dies bedarf eines enormen Abstimmungsprozesses mit den Schulen, um bereits vorhandene Konzepte und Ausstattungen zu ergänzen und diese nicht ad absurdum zu führen. Nur in enger Kooperation mit allen Bildungsakteuren kann dies gelingen.

Gleichzeitig muss für die digitalen Endgeräte auch ein Support sichergestellt werden, der nicht durch die Lehrkräfte getragen werden kann.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass alle Lehrkraft zeitnah mit dienstlichen Endgeräten ausgestattet werden und Schulen nicht nur Endgeräte pro Stelle erhalten?

Wie wollen Sie als Schulträger einen angemessenen und professionellen Support für die digitalen Endgeräte der Bildungseinrichtungen sicherstellen?

Wie wollen Sie darüber hinaus sicherstellen, dass auch alle Kinder und Jugendliche aus „bedürftigen Verhältnissen“ einen Zugang zur digitaler Bildung erhalten und nicht nur einige wenige?

Kreis Höxter

Nicolas Aisch (CDU), Bürgermeisterkandidat Borgentreich

Die Geräte werden schon bald ausgeschrieben und dann bestellt. Wir haben in Borgentreich den großen Vorteil, dass schon sehr lange (ca. 5 Jahre) mit mobilen Endgeräten gearbeitet wird. Alle Lehrerinnen und Lehrer werden ein Endgerät erhalten. Nur, wenn die Kollegien mit der Technik und ihrer Anwendung im Unterricht vertraut sind, kann ein „digitaler“ Unterricht funktionieren.

Ein zentral verwaltetes WLAN ist im Schulzentrum Borgentreich flächendeckend vorhanden. Die Ausstattung der Schule basiert auf der Arbeit mit MDM-verwalteten iPads. Diese werden vom Schulträger administriert. Der Aufwand des 1st-Level-Supports durch die Lehrerinnen und Lehrer ist absolut überschaubar. Der 2nd-Level Support wird zeitnah durch die IT-Fachleute der Rathäuser in Borgentreich (Grundschule) und Warburg (Sekundarschule) erledigt. Darüber hinaus setzen wir auf passive Displays und AppleTV's. Mittlerweile beläuft sich die Anzahl der Endgeräte in Borgentreich auf ca. 100 in der Sekundarschule und ca. 120 in der Grundschule. Beide Schulen „fahren“ hier ein einheitliches Konzept. Dieses ermöglicht natürlich eine einfachere Wartung. Die Fehleranfälligkeit dieses Systems zeigt sich als sehr gering. Auch profitieren beide von den Erfahrungen der jeweils anderen Schule.

Die Schulen entscheiden selbstbestimmt, welche Schülerinnen und Schüler Endgeräte und besondere Unterstützung der benötigen. Die Kolleginnen und Kollegen haben den besten Blick auf die Situation der Kinder. Der Schulträger wird diese Unterstützung mithilfe der Ergänzung zum DigitalPakt gewährleisten.

Bündnis 90 / Die Grünen – Kreisverband Höxter

Wir GRÜNE haben z.B. in Bad Driburg beantragt, dass die Stadt für jede Schülerin und jeden Schüler ein digitales Endgerät anschafft. Unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern soll jede Schüler*in ein eigenes Gerät haben und es nicht mit Eltern oder Geschwistern teilen müssen. Das trifft allerdings bisher auf wenig Verständnis bei den Entscheidungsträger*innen. Uns geht das alles viel zu langsam.

Das Land ist aufgerufen, die Lehrkräfte ebenso auszustatten und zu gewährleisten, dass sie sich sicher und zügig in die pädagogischen Möglichkeiten einarbeiten, die diese Technologie bietet. Schulen ohne Zugang zum schnellen Internet und Kommunen ohne ausreichendes Freifunknetz müssen schnellstens nachgerüstet werden.

Stadt Bielefeld

Simon Lange (CDU), Bürgermeisterkandidat Bielefeld

Ein Medienentwicklungsplan ist für Lehrerinnen und Lehrer notwendig, damit sie mit Medien ihren Unterricht bereichern und sie problemlos einsetzen können.

Bielefeld besser machen:

- für die Schule, damit sie verbindliche Rahmenbedingungen für den Unterricht entwickeln und einer digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken kann
- für den Schulträger, um verlässliche Grundlagen für die Kostenkalkulation und Personalzuweisung zu haben, Synergieeffekte bei der Beschaffung von Hard- und Software zu nutzen, ein einheitliches Wartungskonzept vorhalten und zentrale Fortbildungsveranstaltungen planen zu können; und weil der Einsatz von digitalen Lernwerkzeugen im Unterricht nur erfolgreich ist, wenn diese in ein Konzept eingebunden sind.

In der nächsten Schulausschusssitzung wird beschlossen, dass alle Lehrerinnen und Lehrer mit entsprechenden digitalen Endgeräten ausgestattet werden.

Bündnis 90 / Die Grünen – Stadtverband Bielefeld

Der Bund hat über den Digitalpakt (s.o.) Mittel zur Verfügung gestellt und ihn im Mai vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie mit einem Sonderbudget für Schüler*innen aus einkommensschwachen Familien nachgebessert. Allerdings dauerte es viel zu lange bis die Förderbedingungen konkretisiert waren und die Stadt Bielefeld endlich ausschreiben konnte. Die Ausschreibung von 7.200 Endgeräten für Schüler*innen und 3.500 für Lehrer*innen zu je 1.000 Stück ist auf den Weg gebracht und läuft noch (Stand 26.08.). Aber durch die Verzögerung kann leider von vergleichbaren technischen Voraussetzungen für alle Schüler*innen zum Start des neuen Schuljahrs keine Rede sein. Bis die Geräte da sind und laufen, müssen wir für einkommensschwache Schüler*innen mit vereinten Kräften nach kleinen Lösungen suchen und zum Beispiel gebrauchte Endgeräte (auch wenn es keine Notebooks oder Tablets sind) an bedürftige Schüler*innen vermitteln.

Auch die 3.571 Bielefelder Lehrer*innen an Schulen in städtischer Trägerschaft (Stand 04.08.2020) müssen noch warten, weil die Landesregierung offenbar nicht in der Lage ist, für Beschaffung der digitalen Endgeräte eine zügige und sichere Grundlage zu schaffen. Und leider ist es auch so, dass die Fördergelder in Höhe von 1.734.000 € „nur“ für 3.468 Endgeräte (à 500 €) reichen. Es fehlen also 51.500 € für letztendlich 103 Geräte. Wir hoffen das Problem lösen zu können, indem die Kosten pro Gerät etwas gesenkt werden, ohne die Leistungsfähigkeit der Geräte stark zu beeinträchtigen. Wenn die Qualitätseinbußen zu groß sind, muss die Stadt einspringen.

Auch hier wird deutlich, wie wichtig es ist, dass die die Verantwortlichkeit von Land und Kommune bei der schulischen Digitalisierung final geklärt werden muss. Die Landesregierung hat aber immer noch keine Vereinbarung mit Kommunalen Spitzenverbänden über die Standards zur digitalen Ausstattung in Schulen getroffen. Hier erwarten wir zügig ein Übereinkommen, das nicht nur die Erstbeschaffung der Geräte sondern auch die Folgekosten wie den Support abdeckt.

Die Linke – Stadtverband Bielefeld

Es ist dringend notwendig, dass die Schulen bei der Antragsstellung durch die Stadt unterstützt werden, hierzu muss Personal bereitgestellt werden.

Jede Schule benötigt Fachpersonal für die Wartung und den Support der (noch zu schaffenden) digitalen Infrastruktur. Wir fordern digitale Lernkonzepte durch das Land und qualifizierte Schulungsangebote für das Lehrpersonal, um guten digitalen Unterricht leisten zu können. Wir müssen dringend Geld investieren, um für alle Schulen leistungsfähiges Internet, eine digitale Infrastruktur, notwendige Software und Plattformen und Personal zur Verfügung stellen zu können.

Auch die Schülerinnen und Schüler benötigen jeweils eigene, öffentlich finanzierte digitale Geräte, um den Anschluss nicht zu verlieren. Armut darf kein Bildungshemmnis sein.

FDP – Stadtverband Bielefeld

Die von NRW als erstem Bundesland beschlossene Ausstattung von Lehrkräften mit Dienstgeräten ist ein großer und längst überfälliger Schritt. Hierzu gehört unserer Auffassung nach eine personenbezogene Ausstattung. Hierfür werden wir uns beim Land als Arbeitgeber einsetzen.

Im letzten Jahr hat der Schulausschuss die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur Pflege der digitalen Infrastruktur in den Schulen zu erstellen. Leider liegt dieses immer noch nicht vor. Wir brauchen digitale Hausmeister, denn die Administration kann nicht durch Lehrkräfte neben dem Unterricht erfolgen. Ausstattung, Software, Unterrichtskonzepte, Fortbildung und Administration – alles muss parallel hochgefahren werden. Gerade die Administration und Fehlerbehebung hat der Schulträger in der Vergangenheit nicht optimal bis katastrophal gelöst. Eine der häufigsten Rückmeldung aus den Schulen ist die über den mangelhaften IT-Service durch die Stadt. Wir würden zudem den Schulen auch die Wahlmöglichkeit geben, ggf. selbst einen privaten Serviceprovider wählen zu können. Das Schulbudget ist dann um die

verwaltungsinternen Kostenverrechnungssätze zu erhöhen. Wir sind überzeugt, dass es so möglich wird, besseren und schnelleren Service zu erhalten.

Der Zugang zu (digitaler) Bildung darf nicht vom Geldbeutel des Elternhauses abhängen. Dabei muss die Stadt dort einspringen, wo eine eigene Anschaffung von digitalen Endgeräten nicht möglich ist. Das hierfür aufgesetzte Landesprogramm muss zügig umgesetzt und ggf. aufgestockt werden.

Kreis Gütersloh

Thomas Tappe (CDU), Bürgermeisterkandidat Halle

Die zeitnahe Ausstattung der Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten wird erstmal durch die Inanspruchnahme der Fördermittel sichergestellt. Wenn die Fördermittel nicht auskömmlich sind, sehe ich das Land in der Pflicht, seine Bediensteten mit den notwendigen Arbeitsgeräten auszustatten. Der Medienkompetenzrahmen, der von der Kultusministerkonferenz für verbindlich erklärt wurde, schreibt die Vermittlung von digitalen Kompetenzen an Schülerinnen und Schüler vor, was ohne Endgerät des Lehrpersonals schwerlich möglich ist. Im Einzelfall wäre ich jedoch auch bereit, Erstanschaffungen von Endgeräten aus den städtischen Haushaltsmitteln zu gewährleisten, wenn sonst dem pädagogischen Auftrag nicht nachgekommen werden kann.

Der Support der Endgeräte sollte durch die städtische IT-Abteilung und nur hilfsweise durch Dienstleister erfolgen.

Um auch Kindern und Jugendlichen aus „bedürftigen Verhältnissen“ den Zugang zu digitaler Bildung zu ermöglichen, werden zurzeit für diese Kinder mobile Endgeräte aus dem eigens dafür aufgelegten Fördertopf beschafft. Zudem halte ich aber die Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten für nötig (s. Frage 1) und werde dies auch vorantreiben.

Michael Meyer-Hermann (CDU), Bürgermeisterkandidat Versmold

Die Stadt Versmold hat bereits vor der aktuellen Regelung des Landes NRW alle Lehrkräfte mit eigenen mobilen Endgeräten ausgestattet. Dies ist aus meiner Sicht eine wichtige Voraussetzung, um die Konzeptionen für die einzelnen Schulen auch in der Praxis erarbeiten zu können.

Die Stadt Versmold hat eine neue IT-Stelle für den Support der Grundschulen bei Einrichtung und Betrieb der digitalen Infrastruktur und der mobilen Endgeräte geschaffen. Zudem sind Fortbildungen für Lehrkräfte angeboten worden und werden auch künftig z.B. auch durch die Teilnahme am Projekt „Schule und digitale Bildung“ ermöglicht.

Durch die 1:1-Ausstattung mit mobilen Endgeräten wird allen SuS der Zugang zu digitaler Bildung ermöglicht. Auch durch die Nutzung der Fördermittel des Landes durch beide Schulträger wird dies auch im Bereich der weiterführenden Schulen sichergestellt.

Hubert Erichlandwehr (CDU), Bürgermeisterkandidat Schloß Holte-Stuckenbrock

Für die Ausstattung der Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten ist grundsätzlich der Dienstherr, das Land NRW, zuständig. Entsprechende Beschlüsse gibt es bereits. Die Kommunen sollen, da sie näher an den Schulen sind, die Anschaffung und Übergabe organisieren. Seit geraumer Zeit beschäftigt die Stadt SHS gerade für den Bereich Digitalisierung in Bildung eine Fachkraft, die engen Kontakt zu den Schulen hält. Einen Plan zur Ausstattung der einzelnen Lehrkräfte wird abgearbeitet. Für den Support gibt es zum einen eine Vereinbarung mit einem IT-Dienstleister zum anderen ist auch der angesprochene Mitarbeiter der Stadtverwaltung in den Support eingebunden. Im Übrigen verweise ich auf meine Antwort zu Ziffer 1.

Sven-Georg Adenauer (CDU), Landratskandidat Kreis Gütersloh

Grundsätzlich ist der Arbeitgeber für die Ausstattung der Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten zuständig. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, dass die Landesregierung das Förderprogramm zur Ausstattung der Lehrkräfte mit Laptops oder Tablets aufgestellt hat. Alle Schulen sind zur Anzahl und Art der Geräte befragt worden, so dass die Beschaffung nun sehr kurzfristig konkret werden kann. Der Support der Geräte ist durch einen Vertrag mit einem Dienstleister abgesichert. Die nun stark steigende Anzahl an zu wartenden Geräten lässt sich vertraglich anpassen.

Durch das Förderprogramm zur Sofortausstattung von Schülerinnen und Schülern mit digitalen Endgeräten kann der Bestand an Geräten, der in den Schulen bereits vorhanden ist, weiter ausgebaut werden. Auch die Antragstellung aus diesem Förderprogramm kann kurzfristig durchgeführt werden, so dass die Geräte zeitnah an Schülerinnen und Schüler ausgegeben werden können, denen zu Hause die technischen Möglichkeiten zur Teilnahme am Homeschooling fehlen.

Gitte Trostmann (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Gütersloh

Der Dienstherr von Lehrer*innen ist das Land NRW. Im Grunde ist es die Aufgabe des Landes, den Lehrenden das Lehrmaterial zur Verfügung zu stellen und auch den Support zu organisieren, aber da passiert rein gar nichts und das Land schiebt die Verantwortung weit von sich. Wir können als Kommune leider nicht alle Aufgaben übernehmen, die andere Ebenen nicht leisten obwohl es in ihrem Verantwortungsbereich wäre. Das würde die Kommunen finanziell komplett überfordern.

Die Stadt Gütersloh muss zusammen mit der Ausstattung der Endgeräte auch die Supportdienstleistung einkaufen. Diese muss sowohl die technische Betreuung der Hardware als auch der Software für das Distanzlernkonzept beinhalten und sowohl für Lehrer*innen als auch für Eltern zugänglich sein.

Damit Schüler*innen im Fernunterricht digitale Endgeräte nutzen können, muss auf der kommunalen Ebene für einen freien Zugang zum Internet Sorge getragen werden. Für Schüler*innen, die zuhause keinen Platz zum Lernen haben, sollen Lernplätze z.B. in der Stadtbibliothek zur Verfügung gestellt werden.

Durch Befragungen in den Schulen zur digitalen Ausstattung der Elternhäuser der Kinder könnte ermittelt werden, welche Bedarfe an Leihgeräten existieren. Diese könnten dann den

bedürftigen Schüler*innen zur Verfügung gestellt werden. Der „Gütersloher Standard“ sieht vor, allen Schüler*innen einer Klassenstufe mit der gleichen Ausstattung zu versehen.

Henning Schulz (CDU), Bürgermeisterkandidat Gütersloh

In der Stadt Gütersloh existieren aufgrund der engen Zusammenarbeit von Schulen und Schulträger im „Beirat zur digitalen Bildung“ sowie aufgrund der engen Zusammenarbeit mit dem Zentrum für digitale Bildung im Kreis Gütersloh, gute und umfassende Konzepte zur infrastrukturellen Ausstattung mit digitalen Endgeräten sowie auch zur inhaltlich - didaktischen Arbeit der digitalen Bildung. Aus diesem Grund können die jetzt zusätzlich bereitgestellten Mittel „im System“ implementiert werden und sicherstellt werden, dass keine Fehlschaffung erfolgen.

Der Rat der Stadt Gütersloh hat bereits vor 2 Jahren einen umfassenden Beschluss zur Beauftragung des Betriebs und des Supports von digitaler Bildungsinfrastruktur gefasst. Der Aufwand beläuft sich zur Zeit auf mehr als 1 Mio Euro jährlich. Mir ist es wichtig, dass im Rahmen des „roll out“ an den Gütersloher Schulen einerseits eine klare Abgrenzung der Verantwortung der Supportlevels vorgenommen wird, und andererseits durch ein transparentes Monitoring die Supportbedarfe abgeschätzt und ggf. angepasst werden können.

Siehe Antwort 1 – In Gütersloh erhalten alle SuS der Klassen 1-6 eine 1:1 Klassenausstattung mit Ipad durch den Schulträger, alle SuS der Klassen 7-13 die Transferleistungsempfänger sind, sind von Beiträgen zur Anschaffung individueller Endgeräte befreit.

Michael Esken (CDU), Bürgermeisterkandidat Verl

Die Ausstattung der Lehrer ist zwischenzeitlich durch das Land NRW geregelt worden. Hier wird entsprechend die Vorschrift umgesetzt. Jede Lehrperson erhält ein iPad 128 Gb plus Apple Stift. Die Schulen erhalten für jede Lehrperson zusätzlich 45 EUR für eigene schulspezifische Zwecke. Die Stadt Verl hat ferner bereits einen externen IT-Dienstleister für den Support an den Schulen seit Jahren im Einsatz. Dieser wird, vorausgesetzt der Rat stimmt im Stellenplan 2021 dem Vorschlag der Verwaltung zu, vor Ort um eine weitere Stelle ergänzt.

Durch geeignete Leihgeräte, die in Zusammenarbeit mit den Schulen den bedürftigen Kindern und Jugendlichen überlassen werden, kann sichergestellt werden, dass die betreffenden Personen einen digitalen Zugang erhalten. Alle Kinder an allen Schulen einschließlich Grundschulen in Verl sollen die Möglichkeit erhalten, kostenlos ein iPad zu nutzen.

Pamela Westmeyer (CDU), Bürgermeisterkandidatin Harsewinkel

Derzeit gehe ich davon aus, dass die o.g. Fördersumme i.H.v. 132.000 EUR ausreicht um alle Lehrkräfte in Harsewinkel entsprechend auszustatten.

Bereits heute haben wir zwei Stellen hierfür eingerichtet. Dennoch ist zu erwarten, dass der Supportaufwand für die Schul-IT deutlich steigen wird, da allein in den nächsten Monaten 1000 mobile Endgeräte eingerichtet und zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Planung, Einrichtung und Pflege der Technik wird in den nächsten Jahren also deutlich mehr Personalressourcen in Anspruch nehmen, als bislang seitens der Stadtverwaltung zur Verfügung

stehen. Im Zuge der weiteren Medienentwicklungsplanung muss hier eine kritische Personalbedarfsmessung erfolgen.

Zudem gibt es positive Beispiele aus Nachbarkommunen, wo SuS der Oberstufe ehrenamtlich Teile des IT-Support übernehmen.

Die angeschafften Geräte sollen hauptsächlich den Kindern aus bedürftigen Verhältnissen zu Gute kommen. Anderen Familien ist die Eigenanschaffung zumutbar. Notfalls durch ein System einer monatlichen Ratenzahlung. Wenn dann nicht ausreichend Geräte zur Verfügung stehen, muss ebenfalls aus städtischen Mitteln nachfinanziert werden. Teilweise sind auch Fördervereine an den Schulen vorhanden, die finanziell einspringen können. Ggf. lassen sich in der heimischen Wirtschaft auch Unterstützer/Spender/Sponsoren finden.

Kreis Herford

Herbert Even (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Herford

1. Ein Beschluss zur Ausstattung aller Lehrkräfte mit dienstlichen Endgeräten ist für die nächste Woche vorgesehen.
2. Hier ist auf den unter 2. genannten Beschluss zu verweisen. Inwieweit die vorgesehene Personalausstattung ausreichend ist, werden künftige Erfahrungen zeigen.
3. Es ist vorgesehen, alle BuT-berechtigten Kinder und Jugendlichen vorrangig mit den notwendigen Endgeräten etc. auszustatten (Ausstattungsquote 1 : 2,2). Zu erwägen ist, eine 1:1-Ausstattung (ein Endgerät für jede*r Schüler*in) zu erreichen.

Rüdiger Bockhorst (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Kirchlingern

- fast alle mir bekannten Kommunen hatten bereits Lösungen gesucht oder gefunden (vgl. Paderborner Modell), um Lehrkräfte auszustatten. Die vor den Sommerferien zusätzlich bereitgestellten Gelder ermöglichen zwar eine flächendeckende Versorgung aller LK, aber Nadelöhre sind nun die langen Wartezeiten der Hersteller und die Probleme im Datenschutz.
- das Supportproblem liegt nicht nur in der Finanzierung eines Trägers (siehe oben Folgedigitalpakt) sondern in fehlenden Standards die es kleinen Schulträgern möglich machen würden, gemeinsam Verträge zu schließen, Klärung des 1.+2. Levelsupports, fehlendem Personal und Kompetenzen zum Schulbereich bei Supportanbietern (wie z.B. regioIT), offene Fragen im Datenschutz für Plattformen und Apps die angeboten und supportet werden müssen,
- die SuS sollen wie die LK 1:1 ausgestattet werden.

Die Linke – Kreisverband Herford

Grundsätzlich muss die Verteilung anhand des beschäftigten Personals und nicht anhand des Stellenplans erfolgen. Der Bedarf sollte von den Schulen an die Kommunalverwaltungen gemeldet werden, welche sich dann um die zügige Beschaffung kümmern müssen. Dafür muss

ggf. weiteres Personal in den Kommunalverwaltungen eingestellt werden. Zu Finanzierung verweisen wir auf die Antwort zu Frage 2.

Hierfür sind verschiedene Varianten denkbar. Zunächst ist vorstellbar, dass direkt an den Schulen IT-Fachkräfte eingestellt und eingesetzt werden, welche die IT-Infrastruktur der Schulen und die mobilen Endgeräte von Personal und Schüler*innen betreuen. Andere Möglichkeiten wären die entsprechende Betreuung durch die IT-Fachkräfte der Kommunalverwaltungen oder durch das kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg. In jedem Fall erscheint die Einstellung zusätzlichen Personals nötig. Zur Finanzierung verweisen wir auf die Antwort zur Frage 2.

Darüberhinaus muss es viel mehr verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Medien geben. Hier ist das Land gefragt. Grundsätzlich müssen beispielsweise Laptops für Kinder in Haushalten mit Leistungsbezug nach SGB II (Hartz IV) durch das Jobcenter bezahlt werden. Dies haben grade dieses Jahr etwa die Sozialgerichte Köln und Mannheim geurteilt. Darauf müssen die Eltern durch die Kommunen und Sozialberatungen hingewiesen werden. Auch Lehrkräfte und Sozialarbeiter*innen müssen für diese Thematik weiter sensibilisiert werden, da sie häufig der erste Kontakt für betroffene Eltern und Schüler*innen sind.

Dorothee Schuster (CDU), Kandidatin zur Landrätin Kreis Herford

Durch die Ausstattung der Lehrer*innen mit Landesmitteln ist eine wichtige Grundlage geschaffen worden. Sollten hier noch Lücken in der Ausstattung bestehen, setze ich mich dafür ein diese mit eigenen Mitteln zu schließen.

Der Kreis Herford befindet sich seit längerem in einem Verfahren zur Beschaffung einer Schulserverlösung. Diese muss zeitnah umgesetzt werden, da sie technische Grundlage funktionierender IT-Infrastruktur ist. Gleichzeitig muss der Betrieb durch interne und externe Support-Strukturen gesichert werden. Verlässlichkeit ist hier der Schlüssel zum Erfolg digitaler Bildung.

Über das entsprechende Landesprogramm ist dieses sichergestellt. Ziel muss hier aber eine einheitliche Ausstattung aller Schüler*innen sein, dafür werde ich mich einsetzen.

Kreis Lippe

Dr. Volker Brand (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Oerlinghausen

Alle Lehrer*innen müssen vom Land mit einem digitalen Endgerät ausgestattet werden. Nicht Lehrer*innen sondern externe Supporter müssen künftig die Pflege des Netzes und die Schulung und Fortbildung des Kollegiums mit Software übernehmen.

Endgeräte für alle Schüler inklusive Schulung (s.o.)

Martin Hoffmann (SPD), Bürgermeisterkandidat Leopoldshöhe

Das Land hat den Kommunen kurzfristig 500 € pro Lehrkraft zur Verfügung gestellt. Für die erforderliche Hardware einschließlich des Supports dürfte dieser Betrag nicht auskömmlich sein. Grundsätzlich ist dabei weiterhin auf die Aufgabentrennung zu achten, wonach das Land für die Lehrerinnen und Lehrer zuständig ist. Dennoch muss es vorangehen: In Leopoldshöhe sind die Abstimmungen zwischen Schule und Schulträger vorangeschritten, mit dem Land muss ggf. nachverhandelt werden. Seitens des Schulträgers wird zusätzliches Fachpersonal für den Support bereitgestellt.

Die Leopoldshöher SPD freut sich über die weitere Digitalisierung der Schulen. Knapp 500.000 Euro sollen in den nächsten Jahren aus dem Digitalpakt des Landes NRW und der Gemeindekasse investiert werden. So hat es der Rat im Juni 2020 beschlossen. Als Schulträger ist die Gemeinde in der Verpflichtung, die notwendige technische Infrastruktur bereitzuhalten. Die Leopoldshöher Schulen bekommen neben neuer Technik auch einen schnellen Internetanschluss. Die Abstimmung zwischen den Schulen und der Gemeinde ist in einem Medienentwicklungsplan festgehalten worden.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Gemeinde Leopoldshöhe die tatsächlich benötigte Anzahl an Geräten bereitstellt. Der Kostenfaktor für Beschaffung der Endgeräte ist im Verhältnis zu den zu erwartenden Betriebskosten gering. Hier darf nicht am falschen Ende gespart werden.

Mit der zunehmenden Anzahl digitaler Endgeräte in der Schule steigt auch der Wartungsaufwand. Es müssen ausreichend Ressourcen für den laufenden Support der IT-Ausstattung an den Schulen eingeplant werden. Verlorene Passwörter und defekte Hardware kennen wir alle von zuhause. In der Schule kommen regelmäßige Sicherheitsupdates auf den Routern, die Datensicherung und die Einhaltung von Datenschutzrichtlinien auf vielen Hundert unterschiedlichen Geräten dazu. Wenn Geräte nicht funktionieren, führt das zu Frustration.

Es wird viel spekuliert, wie der Support für die nun zu beschaffenden Geräte gestaltet werden kann. Aus vielen Jahren Erfahrung in der IT-Branche ist meine Einschätzung, dass dazu Personal des Schulträgers benötigt wird. Zusätzlich werden wir weitere Unterstützung durch Dienstleister in Anspruch nehmen müssen. Der alleinige Einsatz von externem Personal, ob in Form eines Zweckverbandes oder Dienstleistern aus der Privatwirtschaft, erreicht nicht die notwendige Servicequalität. Das kann ich aus meiner beruflichen Erfahrung beurteilen.

Im Wahlprogramm fordert die Leopoldshöher SPD daher die Einstellung einer IT-Hausmeisterin bzw. eines IT-Hausmeisters. Jemand muss vor Ort die Verantwortung für den Betrieb der Technik übernehmen. Der Rat der Gemeinde Leopoldshöhe hat im Medienentwicklungskonzept festgestellt, dass dazu bisher keine personellen Ressourcen eingeplant sind. Das muss sich ändern. Hausmeisterin und Hausmeister sind tradierte Berufe im Kontext Schule. Eine IT-Hausmeisterin und ein IT-Hausmeister sollten ebenso selbstverständlich sein. Sie gehören aus meiner Sicht in Zukunft wie das Schulsekretariat zu jeder Schule dazu.

Das Land NRW stellt mit dem Sofortprogramm finanzielle Mittel zur Beschaffung von mobilen Endgeräten zur Verfügung. So soll der Zugang zu digitaler Bildung für alle gewährleistet werden. Für die Kommunen besteht die Herausforderung nun darin, die Bedürftigkeit zu

ermitteln. Vermutlich wird man auf Grund der unklaren Definition „bedürftiger Verhältnisse“ mit Augenmaß und großzügiger Auslegung reagieren müssen, um das Problem zu lösen.

Julia Eisentraut (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Oerlinghausen

Wir haben in Oerlinghausen erst Ende 2019 einen Medienentwicklungsplan verabschiedet und dort keine Dienstgeräte vorgesehen. Die jetzigen Programme fallen genau in die Zeit, in die auch die erste Bestellung von Endgeräten fällt. Damit konnte das bestehende Konzept leicht an die bestehenden Möglichkeiten angepasst werden. Auch wenn der Rat einen früheren Beginn der Besorgung mitten im Lockdown verpasst hat (der entsprechende Antrag der Grünen wurde abgelehnt), sind wir in Oerlinghausen in der Bestellung der Geräte für Lehrkräfte wie Schüler:innen bereits weit fortgeschritten, die Geräte sollen noch diesen Herbst geliefert werden. Eine Prüfung der Bedürftigkeit für Schüler:innen wird nur insofern stattfinden, dass sich die Schüler:innen bei Klassen- oder Kursleiter:in melden müssen. Die Einbindung in die bestehende Geräteverwaltung sowie den Support übernimmt das Kreisrechenzentrum.

Dr. Katharina Kleine Vennekate (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Lemgo

Der Bund hat über den Digitalpakt Mittel zur Verfügung gestellt. NRW hat die Förderrichtlinie erst spät erlassen, was bedeutet, dass wegen der notwendigen Ausschreibungspflichten und anderer Maßgaben die Geräte erst spät im laufenden Schulhalbjahr bei den Schüler*innen ankommen werden. Gleiches gilt auch für die Ausstattung der Lehrkräfte, die nach zähem Ringen nun endlich kommt. Wir möchten, dass die Stadt Lemgo **zeitnah eine bedarfsdeckende Ausstattung ermöglicht**. Eine ausschließliche Strategie des BYOD kann nicht die Lösung sein.

Zentral wird der **Support** der Infrastruktur sein (s.o.). Hier brauchen die Kommunen die Unterstützung durch das Land und ggf. den Bund, und das fehlt noch.

Ein weiterer Punkt ist die Versorgung mit rechtssicheren Lehr-Lern-Systemen. Dazu hatten wir im Schulausschuss einen Sachstandsbericht beantragt. Auf Initiative einzelner Schulen ist jetzt Bewegung entstanden, und die Stadt Lemgo muss auch weiterhin mit Geld und Knowhow helfen.

Besonders wichtig sind auch **Fortbildungsmaßnahmen** zum Lernen in der digitalen Welt. Hier vermissen wir Grünen eine bessere Verzahnung kreisweiter Angebote mit der städtischen Ebene.

Unabhängig von der Ausstattung mit Endgeräten gibt es Aufgaben zur **sozial gerechten Ausstattung**. Dies gilt gerade auch für die Berufs- und Gesamtschulen. In Unterkünften und Wohnheimen z.B. fehlt oft vernünftiges WLAN. Deshalb müssen wir als Stadt Lemgo für einen diskriminierungsfreien Zugang, z.B. per Freifunk, Sorge tragen.

Julian Koch (SPD), Bürgermeisterkandidat Schlangen

Die Gemeinde Schlangen arbeitet mit einem externen Anbieter zusammen, um den technischen IT-Support zu gewährleisten. Aufgrund der besseren Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik, muss der Support ausgeweitet werden. In enger Zusammenarbeit mit den

Schulleitungen, werde ich als Bürgermeister diesen Support substanziell stärken, sodass die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schülerinnen und Schüler optimal mit der digitalen Technik arbeiten und lernen können.

Die Corona-Pandemie hat uns gelehrt, dass Kinder aus „bedürftigen Familien“ eine bessere Unterstützung beim digitalen Lernen benötigen. Langfristig sollen alle Kinder an den Schlänger Schulen ein Tablet zur Verfügung gestellt bekommen, zuvor werden erst die Kinder aus „bedürftigen Familien“ die neue Technik erhalten. Außerdem werden die beim Zugriff auf das Internet sowie weiterer Technik (z.B. Drucker) an den Schulen unterstützt. Damit Schülerinnen und Schüler den bestmöglichen, digitalen Unterricht erhalten, müssen die Lehrerinnen und Lehrer ebenfalls mit digitalen Dienstgeräten ausgestattet sein. Als Bürgermeister werde ich mich dafür einsetzen, dass das schnellstmöglich geschieht.

Robin Wagner (Bündnis 90 / Die Grünen), Landratskandidat Kreis Lippe

Vorweg geschickt: es handelt sich nicht um Landesmittel, sondern um die Weiterleitung von Fördermitteln des Bundes. Und bei der Weiterleitung „glänzt“ die NRW Landesregierung mit einem bemerkenswerten Zeitverzug im Vergleich zu anderen Ländern, was den Zeitdruck bei den Prozessen vor Ort nur noch mehr erhöht.

Zunächst einmal finde ich hier eigentlich das Land in der Pflicht, für seine eigenen Beschäftigten die notwendige dienstliche Ausstattung zu stellen. Ich werde mich über den Landkreistag dafür einsetzen, hier für die Zukunft zu einer Lösung zu kommen (ein einseitiges Beschaffen durch das Land ohne Rücksicht auf kommunale Medienentwicklungspläne wäre auch nicht sinnvoll – ich würde eine kommunale Beschaffung mit Kostenerstattung bevorzugen). Das hilft allerdings kurzfristig nicht und die Ausstattung muss jetzt her. Solange die Ausstattung über den Digitalpakt nur die Nutzung auf dem Schulgelände zulässt, ist auch dies keine taugliche Variante. Diese Fördermittel müssen also für Infrastruktur auf dem Schulgelände genutzt und die Endgeräte dann mit den Soforthilfemitteln und kommunalen Eigenmitteln kurzfristig beschafft werden – und zwar pro Person, nicht pro Stelle.

Mit einem personell und organisatorisch gut aufgestellten Second Level Support. Das Problem ist, dass das Land meines Erachtens nicht die notwendigen Ressourcen für den First Level Support bereit stellt und es im Grunde auf ehrenamtliches Engagement von Lehrer*innen hinausläuft. Grundsätzlich finde ich die Supportvereinbarung passend, aber der Landesteil müsste viel stärker mit Schulverwaltungsassistent*innen oder den notwendigen Stellenanteilen sichergestellt werden. Solange das Land diese Aufgabe nicht ausreichend erfüllt, wird eine stärkere Unterstützung durch den Second Level Support und wie auch derzeit schon im Kreis Lippe ein überobligatorischer kommunaler First Level Support nötig sein.

Ausstattung der Kinder und Jugendlichen mit den nötigen Geräten unter voller Ausnutzung der Förderprogramme und Betreuung auch im Distanzunterricht (auch durch Schulsozialarbeit). Ich begrüße es, dass der Bund sich um Internetanschlüsse zu Hause kümmern will, aber eine selektive Freigabe dieser Anschlüsse nur für bestimmte Angebote scheint mir realitätsfern (ich kann mir durchaus vorstellen, dass auch Youtube oder Netflix im Rahmen des Unterrichts eingesetzt werden können - wobei letzteres wieder ein finanzielles Problem ist) und der Netzneutralität widersprechend. Neben Hardware und Sozialarbeit finde ich aber auch die medienpädagogische Arbeit wichtig, um einen produktiven Umgang mit Computern (Tablets etc.) zu vermitteln. Da sind die Schulen gefragt.

Arne Brandt (SPD), Bürgermeisterkandidat Lemgo

- A) Wir sind auf die Hilfe jeder einzelnen Schule angewiesen, die im Rahmen ihres standortorientierten Medienplans festhält, wie viele Endgeräte tatsächlich gebraucht werden. Dann muss sichergestellt werden, dass die Lehrkräfte und nicht nur die Stellen diese Geräte erhalten, damit alle Schülerinnen und Schüler optimal versorgt werden können.
- B) Gelingt es, dass alle bzw. der überwiegende Teil der Bildungseinrichtungen in Lemgo die gleichen Endgeräte und - natürlich ohne jeglichen Zwang - die gleiche digitale Lernplattform einsetzen, stellt ein extern zu beauftragender professioneller Second- und Third-Level-Support sowohl unter finanziellen wie unter inhaltlichen Gesichtspunkten eine anzustrebende Lösung dar.
- C) Es wird den Lemgoer Bildungseinrichtungen ermöglicht, dass sie sowohl räumlich als auch technisch in der Lage sind, Kinder und Jugendliche, die starke Hilfen brauchen, angemessen zu unterstützen. Hierzu zählt für mich auch die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Jugendamt im Sinne der Prävention, gerade mit Blick auf die Förderung der Schulsozialarbeit.

Frank Hilker (SPD), Bürgermeisterkandidat Detmold

Die Stadt Detmold hat die digitalen Endgeräte für Lehrkräfte nach einer Bedarfsabfrage bereits bestellt.

Dabei handelt es sich um eine kostenlose Dienstleistung der Kommune für das Land NRW. Nach der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern im Rahmen des Koalitionsausschusses von vergangener Woche übernimmt nunmehr der Bund die Kosten für die Endgeräte. Vom Land sind daher dafür keine Kosten mehr zu tragen. Die Lehrkräfte sind Beschäftigte bzw. Beamte*innen des Landes und nicht der Stadt Detmold. Sowohl die Qualifizierung der Lehrkräfte als auch der First-Level-Support sind daher im Rahmen der Konnexität in vollem Umfang vom Land NRW zu tragen. Hierzu steht auch nach der Anfrage im zuständigen Fachausschuss des Landes eine Zusage der Landesregierung aus.

Bezüglich der Zugänge der bedürftigen Kinder und Jugendlichen hat die Stadt Detmold bereits einen Kriterienkatalog der Verteilung der Endgeräte nach Bedürftigkeit erstellt. Dieser ist aktuell bereits in Kooperation mit den Schulleitungen den Eltern mit der Bitte um Antragstellung übermittelt worden.

Kreis Minden Lübbecke

Henning Bökamp (FDP), Bürgermeisterkandidat Bad Oeynhausen

Hierzu bitte ich auch die Ausführungen zu 2) zu berücksichtigen.

Tatsächlich braucht es neben der IT-Struktur und Ausstattung auch IT-Spezialisten, die sich um die Wartung, Pflege und Verwaltung kümmern. Dies ist in der Tat nicht von Lehrkräften

nebenbei zu leisten. Gute Alternativen sind hierfür die Gesellschaft für digitale Bildung oder andere Dienstleister, die sich professionell damit befassen.

Um den Zugang zu digitaler Bildung für alle sicherzustellen, braucht es neben einem Konzept für das Lernen auf Distanz (Lernen im eigenen Tempo nach Wochenplänen und Beratungsphasen mit Fach- und Klassenlehrern im Videochat) auch die Möglichkeit zur Ausleihe schulischer iPads/ Laptops sowie die Bereitstellung von Einzel-Arbeitsplätzen mit Rechner- und WLAN-Zugang in der Schule zum individuellen Arbeiten unter Wahrung der Hygienevorschriften. Bei Motivationsproblemen oder Schwierigkeiten bei der Selbstorganisation sollte es Lernbegleiter geben, mit denen persönliche Unterstützungsgespräche vereinbart werden können.

Die Linke – Kreisverband Minden-Lübbecke

Grundsätzlich muss die Verteilung anhand des beschäftigten Personals und nicht anhand des Stellenplans erfolgen. Der Bedarf sollte von den Schulen an die Kommunalverwaltungen gemeldet werden, welche sich dann um die zügige Beschaffung kümmern müssen. Dafür muss ggf. weiteres Personal in den Kommunalverwaltungen eingestellt werden. Zu Finanzierung verweisen wir auf die Antwort zu Frage 2.

Hierfür sind verschiedene Varianten denkbar. Zunächst ist vorstellbar, dass direkt an den Schulen IT-Fachkräfte eingestellt und eingesetzt werden, welche die IT-Infrastruktur der Schulen und die mobilen Endgeräte von Personal und Schüler*innen betreuen. Andere Möglichkeiten wären die entsprechende Betreuung durch die IT-Fachkräfte der Kommunalverwaltungen oder durch das kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg. In jedem Fall erscheint die Einstellung zusätzlichen Personals nötig. Zur Finanzierung verweisen wir auf die Antwort zur Frage 2.

Darüber hinaus muss es viel mehr verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Medien geben. Hier ist das Land gefragt.

Grundsätzlich müssen beispielsweise Laptops für Kinder in Haushalten mit Leistungsbezug nach SGB II (Hartz IV) durch das Jobcenter bezahlt werden. Dies haben gerade dieses Jahr etwa die Sozialgerichte Köln und Mannheim geurteilt. Darauf müssen die Eltern durch die Kommunen und Sozialberatungen hingewiesen werden. Auch Lehrkräfte und Sozialarbeiter*innen müssen für diese Thematik weiter sensibilisiert werden, da sie häufig der erste Kontakt für betroffene Eltern und Schüler*innen sind. Das Programm des Landes NRW für „bedürftige“ Kinder und Jugendliche Endgeräte zur Verfügung zu stellen, greift zu kurz. Das Problem der Verteilung wird unserer Ansicht nach auf die Schultern der Lehrkräfte abgeschoben – da besteht dringender Handlungsbedarf.

Kreis Paderborn

Alina Wolf (Die Linke), Kandidatin zur Landrätin Paderborn

Man stelle sich vor, die Beschäftigten im Schulministerium müssten Ihre eigenen Computer mitbringen - das wäre doch völlig verrückt. Aber Lehrkräfte sind eine Berufsgruppe, die Ihre

Arbeitsmaterialien und -geräte im großen Umfang privat beschaffen müssen. Als DIE LINKE stehen wir in der Landespolitik aber auch im Kreistag Paderborn an der Seite der GEW, für eine umfassende Ausstattung der Schulen und Lehrkräfte mit Endgeräten. Wir schöpfen die Möglichkeiten als Schulträger dafür aus und machen Druck auf die Landesregierung, die in der Finanzierung kläglich versagt.

Die Landesregierung macht die Lehrkräfte für den Datenschutz verantwortlich. Sensibelste Daten über Schüler*innen müssen auf privaten Geräten im Alltag geschützt werden. Das ist ein Skandal! Jede Grundschule und jedes Berufskolleg braucht professionelles Personal für den Datenschutz und den IT-technischen Support. CDU und FDP lassen die Schulen mit der Digitalisierung alleine und wälzen die Lasten auf sowieso schon überlastete Lehrkräfte ab. Wir werden die IT-Ressourcen des Kreises personell erweitern und den Lehrkräften Hilfe zukommen lassen. Letztlich kann das aber nur die Landesregierung lösen, die ein landesweites Schulnetz einrichten und personell sichern muss.

Alle Grundschulen und Berufskollegs im Kreis Paderborn müssen Zugang zu einem Gerätepool haben, der vom Kreis als Schulträger unterhalten wird. Kinder und Jugendliche aus armen Familien brauchen den Zugang zu einem Gerät mit jeweils aktueller Ausstattung. Außerdem müssen die didaktischen Konzepte für digitales Lernen eine spezielle Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher vorsehen. Die Lehrkräfte brauchen ein Weiterbildungsprogramm, dass Ihnen dabei hilft dies umzusetzen.

Ute Dülfer, Bürgermeisterkandidatin Lichtenau (unterstützt von SPD und FDP)

Im ersten Schritt könnten hier Lehrkräfte bei einfachen technischen Problemen helfen und bei auftretenden Problemen mit Hilfestellung zur Seite stehen. Allerdings ist es nicht ihre Aufgabe die Endgeräte zu warten. Dies muss entweder über einen externen Dienstleister oder über eine interne Stelle bei der Stadtverwaltung abgewickelt werden.

Sollten die angeschafften Endgeräte nicht ausreichen, muss hier nachjustiert werden.

Elke Süsselbeck (Die Linke), Bürgermeisterkandidatin Paderborn

Man stelle sich vor, die Beschäftigten im Schulministerium müssten ihre eigenen Computer mitbringen - das wäre doch völlig verrückt. Aber Lehrkräfte sind eine Berufsgruppe, die ihre Arbeitsmaterialien und -geräte im großen Umfang privat beschaffen müssen. Als DIE LINKE stehen wir in der Landespolitik aber auch im Paderborner Stadtrat an der Seite der GEW, für eine umfassende Ausstattung der Schulen und Lehrkräfte mit Endgeräten, wie sie an den Paderborner Schulen schon durch die Lernstatt begonnen hat. Die hat bereits 2.000 Tablets angekauft. Dies soll auf ca. 6.000 gesteigert werden. Wir schöpfen die Möglichkeiten als Schulträger dafür aus und machen Druck auf die Landesregierung, die in der Finanzierung kläglich versagt.

Die Landesregierung macht die Lehrkräfte für den Datenschutz verantwortlich. Sensibelste Daten über Schüler*innen müssen auf privaten Geräten im Alltag geschützt werden. Das ist ein Skandal! Jede Schule braucht professionelles Personal für den Datenschutz und den IT-technischen Support. CDU und FDP lassen die Schulen mit der Digitalisierung alleine und wälzen die Lasten auf sowieso schon überlastete Lehrkräfte ab. Wir werden die städtischen

IT-Ressourcen personell erweitern und den Lehrkräften Hilfe zukommen lassen. Dabei können die Ressourcen der Paderborner Lernstatt und der kommunalen Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung - GKD Paderborn genutzt werden. Letztlich kann das aber nur die Landesregierung regeln, die ein landesweites Schulnetz sowie die zugehörige Infrastruktur einrichten und sichern muss.

Jede Paderborner Schule und Kita muss Zugang zu einem Gerätepool haben, der von der Stadt als Schulträger unterhalten wird. Kinder und Jugendliche aus armen Familien brauchen den Zugang zu einem Gerät mit jeweils aktueller Ausstattung und entsprechender Schulung. Für Schüler*innen, die zu Hause in Pandemie-Zeiten keine Räumlichkeiten haben, die konzentriertes Arbeiten ermöglichen, muss ein Angebot der Schule oder der Jugendzentren im Stadtteil vorgehalten werden. Außerdem müssen die didaktischen Konzepte für digitales Lernen eine spezielle Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher vorsehen. Die Lernstatt Paderborn muss eigene Programme für diese Zielgruppe anbieten. Die Lehrkräfte brauchen ein Weiterbildungsprogramm, dass Ihnen dabei hilft dies umzusetzen.

Bildungsplanung

Aneinandergrenzende Kommunen müssen miteinander ins Gespräch kommen, denn Wege zur KiTa oder zur Schule hören nicht an kommunalen Grenzen und Bildung nicht am Gebäude der Bildungseinrichtung auf. Hier muss eine interkommunale Bildungs-entwicklungsplanung zwischen den Kommunen und auch bezirksübergreifend stattfinden. Nur so können Bildungserfolge auch für alle langfristig gesichert werden.

Wie kann Ihrer Meinung nach eine Bildungsplanung auch über kommunale Grenzen hinaus umgesetzt werden?

Kreis Höxter

Nicolas Aisch (CDU), Bürgermeisterkandidat Borgentreich

Es gibt im Kreis Höxter regelmäßige Treffen der Schulverwaltungsämter und der Bürgermeister. In diesem Rahmen werden Ideen ausgetauscht und Pläne miteinander abgestimmt. Im Bereich der Digitalisierung kommt den Medienberatern der Bezirksregierung eine wichtige Rolle zu. Sie kennen die Umsetzungen an den einzelnen Schulen auch über Kreisgrenzen ganz genau und können als „Schnittstelle“ zwischen den Schulträgern wirken und so z.B. „Best-Practice“-Beispiele weitergeben und Kontakte herstellen. Darüber hinaus sind auch Schulleitungen dauerhaft unterwegs, um sich in Schulleitungsrunden auszutauschen. So durften wir uns als Sekundarschule Warburg mit Teilstandort Borgentreich auch schon Frau Gebauer im Rahmen der „Digital Offensive NRW“ vorstellen und unsere Erfahrungen weitergeben.

Durch die Tatsache, dass die Sekundarschule in Borgentreich ein Teilstandort der Sekundarschule in Warburg, ergibt sich für den Schulbereich schon eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Städten. Das oben beschriebene System mit iPads, passiven Displays, AppleTV's und WLAN im gesamten Gebäude findet z.B. auch im gesamten Stadtgebiet Warburg Anwendung.

Bündnis 90 / Die Grünen – Kreisverband Höxter

Interkommunale Zusammenarbeit beschränkt sich bisher leider weitgehend auf Verwaltungsaufgaben. Im Bereich Bildung und Schule besteht zwischen den Kommunen eher eine Rivalität, die oft dazu führt, dass Schulen gerade noch eben existieren können. Dieser Wettbewerb der Bürgermeister*innen verhindert vorausschauende Bildungspolitik gerade in kleineren Gemeinden und nutzt den Schüler*innen gar nicht. Hier muss sich in den Köpfen etwas ändern. Daran wollen wir mitarbeiten.

Stadt Bielefeld

Simon Lange (CDU), Bürgermeisterkandidat Bielefeld

Aufgrund der originären Aufgaben der kommunalen Schulpolitik und den daraus resultierenden Schwierigkeiten ist es unerlässlich, die Kommunikation, auch die Kommunikationswege mit allen am Schulleben Beteiligten - Familien, Schulen, Träger, Verwaltung und Politik - auszubauen bzw. zu verbessern. Gerade die Corona-Krise hat aufgezeigt, wie wichtig es ist, diverse Kommunikationsprozesse vorzubereiten und einzuüben, damit diese auch in Ausnahmesituationen effektiv sind. Entscheidungen müssen schneller getroffen und deren Konsequenzen für alle transparenter gemacht werden. Dies gilt auch über kommunale Grenzen hinweg.

Bündnis 90 / Die Grünen – Stadtverband Bielefeld

Wichtig ist erstens die Kooperation von Bielefeld und den benachbarten Kreisen als Träger kommunaler Bildungseinrichtungen. Dazu gehören Schulen, aber auch außerschulische Bildungseinrichtungen und die gemeinwohlorientierte Weiterbildung. Zweitens ist eine interkommunale Schulentwicklungsplanung notwendig, wo sich die einzelnen kommunalen Entwicklungen ergänzen, um Defizite abzudecken, statt sich zu behindern oder zu kannibalisieren. Es gilt besonders, eine abgestimmte regionale Schulentwicklungsplanung und ein staatliches Schulwesen in der Fläche zu sichern, die nicht durch eine Vielzahl Privatschulgründungen ausgehöhlt werden dürfen.

Die Linken – Stadtverband Bielefeld

Wir benötigen eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen Lippe und Gütersloh bei der Schulentwicklungsplanung, die Nachbarkommunen müssen bei der Planung miteinbezogen werden. Dabei müssen die

Bedürfnisse der Schüler*innen im Mittelpunkt stehen, Konkurrenzdenken untereinander ist nicht förderlich.

FDP – Stadtverband Bielefeld

Wir glauben dass insbesondere im Bereich der Förderschulen eine interkommunale Zusammenarbeit und bessere Verständigung sinnvoll ist. Im Bereich der SEK I und II gibt es für die Stadt Bielefeld einzelne Berührungspunkte mit dem Umland, die jedoch meist konfliktfrei verlaufen.

Kreis Gütersloh

Thomas Tappe (CDU), Bürgermeisterkandidat Halle

Da die Stadt aus den in der Fragestellung genannten Gründen bereits Probleme mit der städtischen Gesamtschule hat, sollte die bestehende städtische Schulentwicklungsplanung in

die Themen der zurzeit schon auf Kreis- und Bezirksebene bestehenden Arbeitskreise aufgenommen werden.

Michael Meyer-Hermann (CDU), Bürgermeisterkandidat Versmold

Bereits heute bestehen enge Verflechtungen von Kita bis zu den weiterführenden Schulen mit unseren Nachbarkommunen. Im Kitabereich besuchen Kinder aus Versmold und Borgholzhausen Einrichtungen in der jeweils anderen Stadt. Gleiches gilt für die weiterführenden Schulen, die einen nennenswerten Anteil von SuS aus Nachbarkommunen – insbesondere auch aus Niedersachsen – aufweisen. Aus Versmold besuchen viele SuS die Gesamtschule in Borgholzhausen. Hierzu finden bereits regelmäßige interkommunale Austauschgespräche statt, um die zukünftige Entwicklung zu planen.

Grundsätzlich sollen SuS die Bildungsvielfalt der Region nutzen können. Jedoch ist es mein Ziel, dass alle SuS aus Versmold auch die Bildungsangebote in Versmold, die alle Schulformen und alle Abschlüsse umfassen, nutzen. Kurze Wege und eine bessere Planbarkeit sind vorteilhaft für die SuS wie auch die örtlichen Schulträger.

Hubert Erichlandwehr (CDU), Bürgermeisterkandidat Schloß Holte-Stuckenbrock

Schon heute werden Schulentwicklungspläne miteinander interkommunal abgestimmt. Für eine Umsetzung der Bildungsplanung auch über kommunale Grenzen hinaus ist eine enge Abstimmung zwischen den Nachbarkommunen erforderlich. Glücklicherweise gibt es gute Kontakte unter den Kommunen, so dass auch Abstimmungen schnell erfolgen können. Ziel bleibt es aber auch, allen Schülerinnen und Schülern in unserer Stadt ein attraktives Bildungsangebot zu bieten, das sie gerne nutzen. Denn gerade im Bildungsbereich sind kurze Wege ein großer Vorteil für alle Beteiligten.

Sven-Georg Adenauer (CDU), Landratskandidat Kreis Gütersloh

Für jede Schulentwicklungsplanung ist eine Abstimmung mit den Nachbarkommunen erforderlich. Das wird auch schon viele Jahre praktiziert.

Im Bereich der Förderschulentwicklungsplanung hat der Prozess in den Jahren 2015/2016 gezeigt, dass ein breit aufgestellter dialogischer Prozess mit den Kommunen, der Politik, Eltern und Schulen zu sehr guten Erfolgen führt. Alle Förderschulen im Kreis Gütersloh haben sich sehr gut entwickelt und Eltern haben großes Vertrauen in die Förderschulen, was die steigenden Schülerzahlen belegen.

Im Bereich der Berufskollegs finden regelmäßig Schulentwicklungsgespräche auf Bezirksebene statt. Wegen des großen Einzugsbereiches und aufgrund der Spezialisierung und Profilierung der einzelnen Kollegs wird es aufgrund der relativ kostenintensiven Ausstattungen von Bildungsgängen immer wichtiger, sich inhaltlich mit Vertretern der Wirtschaft gut abzustimmen, um einerseits Fehlinvestitionen zu vermeiden und andererseits wirtschaftliche Entwicklungen zu erkennen und die erforderlichen Bildungsgänge vorzuhalten.

Gitte Trostmann (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Gütersloh

Wichtig ist erstens die Kooperation der verschiedenen Bildungseinrichtungen im Kreis. Dazu gehören Schulen, aber auch außerschulische Bildungseinrichtungen und die gemeinwohlorientierte Weiterbildung. Zweitens ist eine interkommunale Schulentwicklungsplanung notwendig, wo sich die einzelnen kommunalen Entwicklungen ergänzen, um Defizite abzudecken, statt sich zu behindern oder zu kannibalisieren. Es gilt besonders, eine abgestimmte regionale Schulentwicklungsplanung und ein staatliches Schulwesen in der Fläche zu sichern, die nicht durch eine Vielzahl Privatschulgründungen ausgehöhlt werden dürfen.

Das Bildungsbüro des Kreises, das sich zum Beispiel mit der Ausarbeitung von Distanzlernkonzepten beschäftigt, muss stärker in die Bildungsplanung der Stadt Gütersloh einbezogen werden.

Henning Schulz (CDU), Bürgermeisterkandidat Gütersloh

Schon heute gehört es zur Alltagsrealität, dass SuS wie auch Kinder in Kindertagesstätten Schulen bzw. TEKs besuchen, die sich außerhalb der jeweiligen Gemeindegrenzen befinden. Darüber stimmen sich die Städte und Gemeinden schon jetzt ab.

Die formellen Bedarfsplanungen und Schulentwicklungsplanungen der Städte und Gemeinden können aufgrund der kommunalen Selbstverwaltung und der Entscheidungshoheit der Räte nur innerhalb der jeweiligen Städte und Gemeinde eine formelle Verbindlichkeit entfalten.

Da Entscheidungen im Bildungssystem aber eine sehr langfristige Wirkung entfalten, und diese mit erheblichen Investitionen in die bauliche Infrastruktur verbunden sind, würde ich die Erarbeitung einer im rechtlichen Sinne „informellen“, gemeindegrenzenüberschreitenden Schulentwicklungsplanung, die die Bevölkerungsentwicklung sowie die qualitativen Trends und Veränderungen im Bildungssektor transparent aufzeigt, durchaus begrüßen.

Michael Esken (CDU), Bürgermeisterkandidat Verl

Eine interkommunale Bildungsarbeit ist zunächst ein Schlagwort. Es liest sich gut, hat auch sicherlich eine Begründung, doch zunächst einmal sind die Aufgaben in der Bildungsarbeit klar verteilt. Die Städte und Gemeinden sind Schulträger und haben insoweit ihre eigenen Aufgaben. Selbstverständlich findet bilateral zwischen den Städten, insbesondere auf Fachebene, der Austausch von Informationen statt. Diese werden weiter fortgesetzt.

Pamela Westmeyer (CDU), Bürgermeisterkandidatin Harsewinkel

Im kommunalen Vergleich niedrige Gebühren, zwei beitragsfreie Kindergartenjahre und komplette Beitragsfreiheit für Einkommen bis 37.00 EUR Bruttojahreseinkommen, sowie familienfreundliche Geschwisterkindregelungen ermöglichen bereits heute grundsätzlich allen Kindern in Harsewinkel den Zugang zu Betreuungs- und Bildungsangeboten in Kita, Randstunde und OGS.

Als Bürgermeisterin würde ich aber auch gerne die Qualität der Ganztagsbetreuung in Harsewinkel verbessern. Nachhaltig beeindruckt haben mich hier die Erfahrungen aus unserer lettischen Partnergemeinde Mazsalaca. Das Schulsystem in Lettland ermöglicht Kindern im Nachmittagsbereich

eine zusätzliche, neigungsorientierte und begabungsfördernde, qualitativ exzellente Ausbildung in Musik, Kunst oder Sport. Dazu besuchen die lettischen Kinder im Nachmittagsbereich spezielle Kunst-, Musik- oder auch Sportschulen. Die Ergebnisse beeindrucken. Gerne würde ich ähnliche Möglichkeiten auch unseren SuS in Harsewinkel ermöglichen. Vorzugsweise unter Einbindung von örtlichen Künstlern, Musikern und Sportlern. Fördern statt Verwahren.

Ferner schwebt mir zur besseren Umsetzung und Nutzung der Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket die Implementierung eines Kartensystems nach dem Vorbild der „Youcard Hamm“ vor. Komplizierte Antragsverfahren überfordern einkommens- und bildungsschwache Familien oft. Deshalb werden viele Leistungen, die den Familien eigentlich zustehen würden, nicht in Anspruch genommen. Die Stadt Hamm hat eine einfache und praktische Lösung gefunden, bewilligte Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket direkt an den Leistungsanbieter auszuzahlen, umständliche mehrfache Antragsstellungen entfallen, Leistungen für den Schulbedarf werden an die Antragsteller direkt ausgezahlt.

Lernen auf Distanz funktioniert nur, wenn jede Schülerin und jeder Schüler über ein eigenes digitales Endgerät verfügen kann. Die Stadt Harsewinkel hat soeben 1000 Tablette angeschafft (45 Geräte als schulgebundene mobile Endgeräte plus 1 Tablet je pädagogisch genutztem Raum zur Steuerung der Präsentationstechnik, Rest: Geräte für bedürftige SuS – finanziert über Sofortausstattungsprogramm und Digitalpakt NRW).

Das Gymnasium arbeitet ohnehin bereits seit drei Jahren vorbildlich und erfolgreich ab der 7. Klasse mit Tablets. Da im Außenbereich immer noch nicht alle Milchkannen Internetanschluss haben, ist die Einrichtung von Studie Halls mit Leihgeräten eine gute Möglichkeit hier Abhilfe zu schaffen, und benachteiligten Schülern Zugang zum Internet zu verschaffen.

Kreis Herford

Herbert Even (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Herford

Eine Bildungsplanung über kommunale Grenzen hinaus ist insbesondere dort sinnvoll, wo in einzelnen Kommunen Angebotsdefizite bestehen, die ggf. durch erreichbare Angebote in benachbarten Kommunen abgedeckt werden können. Zudem können durch abgestimmte Planungen unnötige kommunale Konkurrenzsituationen vermieden und das öffentliche Bildungswesen – auch gegenüber möglichen Privatschulgründungen - gesichert werden. Eine Umsetzung einer solchen interkommunal abgestimmten Planung setzt eine entsprechende Bereitschaft der Planungsträger voraus, über die Grenzen einer Kommune hinaus zu denken, das Bildungsangebot interkommunal gemeinsam mit den anderen Planungsträgern zu analysieren sowie ggf. daraus gemeinsame abgestimmte Lösungen zu entwickeln. Wo dies möglich und sinnvoll ist, sollte dieser Weg beschritten werden.

Rüdiger Bockhorst (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Kirchlintgen

- Diese Klärungen gehören in die Gremien die in jeder Bildungsregion in NRW bestehen und können dort bearbeitet werden (siehe zur Digitalisierung Kreise Gütersloh/Paderborn). Der AK Schulverwaltung des Kreises Gütersloh hat bereits ausgezeichnete Arbeit geleistet, auch um übergreifende Probleme aufzuarbeiten. Damit wird deutlich, dass es in allen Kreisen, Kreisfreien Städten möglich ist die Gremien der Bildungsregion zu nutzen, um Lösungen zu entwickeln.

- Die Voraussetzungen, eine abgestimmte kommunale / regionale Schulentwicklungsplanungen sind vorhanden, diese kann man nutzen.

Die Linke – Kreisverband Herford

Eine Möglichkeit könnte hier die stärkere Koordinierung durch die Landkreise sein. Leitgedanke sollte Kooperation statt Konkurrenz im Hinblick auf Standorte sein.

Kreis Lippe

Dr. Volker Brand (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidat Oerlinghausen

Über interkommunale Gremien müssen Bildungsstandards auch für das digitale Equipment für die Region festgelegt werden, so dass Schüler*innen und Lehrer*innen bei regionalen Wechseln in gewohntem Fahrwasser bleiben. Das ist sehr wichtig, da sich der digitale Bereich mit hohem Tempo wandelt

Martin Hoffmann (SPD), Bürgermeisterkandidat Leopoldshöhe

Die interkommunale Zusammenarbeit der Bildungsträger wird in grundsätzlichen Fragen bereits gelebt. Dieser Prozess der Zusammenarbeit muss gestärkt werden und könnte auch in Fragen der Beschaffung und des Supports von IT-Hardware neue Bedeutung erfahren.

Es gilt langfristig eine regionale Bildungslandschaft zu schaffen, welche den Bedürfnissen der Kinder- und Jugendlichen gerecht wird. Dabei geht es nicht um den klassischen Kampf um Schülerzahlen. Der Schulträger kann eine Unterstützung sein. Zum Beispiel bei organisatorischen Verabredungen (Kooperationen im Kurssystem, Organisation des Übergangs zwischen den Schulformen, gemeinsame Ferientage etc.). Das alles sind Entscheidung der Schulen aber Schulträger können ihre Unterstützung anbieten und versuchen Entwicklungen anzuregen.

Julia Eisentraut (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Oerlinghausen

In Lippe wurde im Zuge der Digitalisierung von den Kommunen mit dem Kreisrechenzentrum bereits ein übergreifender Dienstleister in Anspruch genommen, so dass die Kommunen gegenseitig von den Erfahrungen profitieren.

Angrenzende Kommunen, im Falle von Oerlinghausen also Lage, Leopoldshöhe, die angrenzenden Bezirke von Bielefeld und Schloss Holte, sollten sich insbesondere auch über die Bewegung der Schüler:innen zwischen den Gemeinden mindestens jährlich austauschen, um verlässliche Bedarfsplanungen machen zu können.

Gerade bei Neuplanungen von Wohngebieten in der Nähe von Gemeindegrenzen kann und muss eine übergreifende Planung in Zukunft frühzeitig angestoßen werden.

Dr. Katharina Kleine Vennekate (Bündnis 90 / Die Grünen), Bürgermeisterkandidatin Lemgo

Wichtig ist erstens die prinzipielle **Kooperation der verschiedenen Bildungseinrichtungen** im Kreis. Dazu gehören Schulen, aber auch außerschulische Bildungseinrichtungen und die gemeinwohlorientierte Weiterbildung. Die Vielzahl von kreisweiten Angeboten müsste deutlicher vernetzt, bekannt gemacht und vor Ort genutzt werden. Hier braucht es Bereitschaft auf Seiten aller Beteiligten. Zum Beispiel durch **regelmäßige Bildungskonferenzen**, über die in die Politik und Öffentlichkeit hinein berichtet wird.

Zweitens ist eine interkommunale Schulentwicklungsplanung notwendig, wo sich die einzelnen kommunalen Entwicklungen ergänzen, um Defizite abzudecken, statt sich zu behindern oder Konkurrenzen aufzubauen. Es gilt besonders, eine **abgestimmte regionale Schulentwicklungsplanung** und ein staatliches Schulwesen in der Fläche zu sichern, die nicht durch eine Vielzahl Privatschulgründungen ausgehöhlt werden dürfen. Gegenwärtig scheinen auch in Lippe Kommunen zuweilen eher in Konkurrenz als in Kooperation zu denken. Hier möchte ich einen **Wandel im Denken und Handeln** erreichen.

Ein Beispiel für die Infrastruktur: In Lemgo besteht Bedarf akut in der Verkehrswegeplanung zwischen den Schulzentren MWG, Heldmanskamp und Vogelsang in Trägerschaft von Kommune und Kreis.

Julian Koch (SPD), Bürgermeisterkandidat Schlangen

Ob weiterführende Schulen, Berufsschulen oder (Fach-)Hochschulen, Kinder und Jugendliche aus Schlangen lernen in vielen verschiedenen Bildungseinrichtungen, die sich außerhalb von Schlangen befinden. Gemeinsam mit den Nachbarstädten und -gemeinden sowie in Kooperation mit den Kreisen Lippe und Paderborn, werde ich die interkommunale Bildungsplanung stärken. Hierfür ist eine Bestandsaufnahme über die Nutzung der verschiedenen Bildungsinstitutionen nötig. Auf Basis dieser Zahlen und Fakten werde ich eine interkommunale Bildungsplanung vorantreiben, sodass die Bildungskonzepte, die technische und räumliche Ausstattung sowie die Schülerverkehre optimiert und besser verzahnt werden können. Hierbei steht für mich fest, dass wir uns an „Best-Practice“ Beispielen sowie an den höchsten Standard orientieren müssen.

Robin Wagner (Bündnis 90 / Die Grünen), Landratskandidat Kreis Lippe

Bereits als Schulreferent beim Städte- und Gemeindebund NRW lagen mir diese Prozesse am Herzen. Lebensbezüge hören nicht an der kommunalen Grenze auf. Mir ist eine kooperative interkommunale Bildungsentwicklungsplanung wichtig. Dabei gehören die eigentlichen schulischen Fragen in die gemeinsamen Beratungen der Schulträger, aber auch Fragen der Schüler*innenbeförderung über Stadtgrenzen hinaus - und da ist ja auch der Kreis ganz konkret mit der KVG gefragt. Die eigentliche Planung ist in der Hoheit der Städte und Gemeinden. Der Kreis kann und sollte hierbei aber als Einladender für Abstimmungsrunden bzw. Unterstützung in der Vernetzung eine wichtige Rolle spielen. Nicht alle Vernetzungsaufgaben finden anhand formaler Zuständigkeiten im Schulgesetz statt.

Auch die Zusammenarbeit der Jugendämter im Kreis liegt mir für abgestimmte Bildung und Betreuung in der Elementarstufe am Herzen.

Und beides, sowohl Schulentwicklungsplanung, als auch die Zusammenarbeit der Jugendämter darf nicht an der Kreisgrenze halt machen - denn die Lebensrealitäten der Menschen machen es auch nicht.

Neben der örtlichen Abstimmung ist mir auch eine enge Abstimmung über die Bildungsstufen wichtig. Kita und Tagespflege, Grundschule, weiterführende Schulen inkl. Berufsschulen – sie alle prägen Bildungsbiografien einzelner Menschen. Und als dritte Abstimmungsdimension möchte ich die Vernetzung zwischen Schulen und Kitas und den zivilgesellschaftlichen Organisationen fördern. Sportvereine, Jugendverbände und viele mehr spielen eine wichtige Rolle in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Arne Brandt (SPD), Bürgermeisterkandidat Lemgo

Sind die tatsächlichen Bedürfnisse der Lemgoer Bildungseinrichtungen verbindlich festgestellt (vgl. Antwort 2), wird eine enge Kooperation mit dem Kreis Lippe - Eigenbetrieb Schule und Lippe Bildung - zur interkommunalen Zusammenarbeit die Erarbeitung und Festlegung lippischer Standards garantieren. Dadurch werden kreisweit die baulichen, technischen sowie methodisch-didaktischen Anforderungen angemessen und kontinuierlich weiterentwickelt.

Frank Hilker (SPD), Bürgermeisterkandidat Detmold

Eine interkommunale Bildungsplanung auf Kreisebene ist ein wichtiger Faktor der Schulentwicklungsplanung mit dem Ziel, Bildungserfolge zu erzielen.

Die Stadt Detmold hat in langjähriger Kooperation mit der Stadt Lage die Gustav-Heinemann-Förderschule im Rahmen eines Verbundes betrieben.

Detmold mit seinen qualitativ hochwertigen Bildungseinrichtungen ist seit vielen Jahren dadurch gefordert, dass eine beträchtliche Zahl an auswärtigen Schülern*innen Detmolder Schulen nachfragen und besuchen möchten.

Hier gilt es, die der Kommune entstehenden finanziellen Belastungen aus den Kommunen bzw. auf Kreisebene auszugleichen.

Kreis Minden-Lübbecke

Henning Bökamp (FDP), Bürgermeisterkandidat Bad Oeynhausen

Interkommunale Zusammenarbeit in der Bildungsplanung ist für uns wichtig, da es zahlreiche Beispiele aus guter Praxis woanders gibt, die somit nicht nur den eigenen Lernprozess sondern auch den Gestaltungsprozess vor Ort beschleunigen können. Dies gilt insbesondere im Bereich der Digitalisierung von Schulen, da einige wenige Bildungseinrichtungen in diesem Bereich eine Modellfunktion einnehmen.

Die Linke – Kreisverband Minden-Lübbecke

Eine Möglichkeit könnte hier die stärkere Koordinierung durch die Landkreise sein. Leitgedanke sollte Kooperation statt Konkurrenz im Hinblick auf Standorte sein.

Kreis Paderborn

Alina Wolf (Die Linke), Kandidatin zur Landrätin Paderborn

Die rasche Veränderung von Schüler*innen-Zahlen, das flexible Wahlverhalten der Eltern oder die Aufgabe der Inklusion brauchen dringend eine stärkere interkommunale Absprache in der Schulentwicklung. Um Konkurrenzen von Schulstandorten abzubauen steht die LINKE für die umfassende Einrichtung von Gesamtschulen bzw. Sekundarschulen sowie Oberstufenzentren, denn nur so ist auch im ländlichen Raum eine gute Schule für alle realisierbar. Für die kommunale Absprache schlagen wir auf der Ebene der Kreise einen ständigen Schulentwicklungsrat vor. Dieser ist für die Koordination im Kreis aber auch mit den Nachbarkreisen zuständig.

Ute Dülfer, Bürgermeisterkandidatin Lichtenau (unterstützt von SPD und FDP)

Ich könnte mir vorstellen, dass man mit anderen Schulen gemeinsam Projekte erarbeitet und diese dann auch gemeinsam bearbeitet.

Hier kann es um ganz verschiedene Themen gehen. sei es z. B. um den Klimaschutz, die Landwirtschaft, den Wald oder Forschungen zu Themen, die die Schüler selbst ausgesucht haben,etc.

Diese Projekt könnten dann in einem angemessenen Rahmen der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Elke Süsselbeck (Die Linke), Bürgermeisterkandidatin Paderborn

Die rasche Veränderung von Schüler*innen-Zahlen, das flexible Wahlverhalten der Eltern oder die Aufgabe der Inklusion brauchen dringend eine stärkere interkommunale Absprache in der Schulentwicklung. Um Konkurrenzen von Schulstandorten abzubauen steht die LINKE für die umfassende Einrichtung von Gesamtschulen bzw. Sekundarschulen sowie Oberstufenzentren, denn nur so ist auch im ländlichen Raum eine gute Schule für alle realisierbar. Für die kommunale Absprache schlagen wir auf der Ebene der Kreise einen ständigen Schulentwicklungsrat vor. Dieser ist für die Koordination im Kreis aber auch mit den Nachbarkreisen zuständig.